Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt für die Stadtgemeinde Burscheid

Burscheider Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2.5 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 5 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 7. Januar 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Reparations- und Abrüstungskonferenz

Deutschlands Vorbereitungen Beratungen des Reparationsausschusses — Keine „Botschafterkonferenz"

Wie wir erfahren, werden die deutschen Botschafter in Paris, London und Rom am Donnerstag in Berlin eintreffen und bereits am Nachmittag an den Reparationsberatungen teilnehmen.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß man sich in der Oeffentlichkeit wohl zum Teil ein nicht ganz zutreffendes Bild von den Vorbereitungen macht, die die Reichsregierung für die Konferenz von Lausanne trifft. Das gilt namentlich insofern, als von einer großen „Diplomatenkonferenz" die Rede ist. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß nach den Ressortarbeiten im Auswärtigen Amt, bei dem der Schwerpunkt der Verhandlungen bis in die ersten Januartage hinein lag, nun seit Tagen der Reparationsausschuß des Reichskabinetts berät. In ihm sind bekanntlich das Auswärtige Amt, das Reichsfinanz-, das Reichswirtschafts- und — wegen der Eisenbahnen — das Reichsverkehrsministerium vertreten. An den Beratungen dieses Gremiums werden die Botschafter teilnehmen, um ihre unmittelbaren Eindrücke von den Hauptplätzen zu übermitteln. In diesem Rahmen ist natürlich vor allem die Anwesenheit des deutschen Botschafters in Paris besonders wichtig.

Aus dem geschilderten Zusammenhang ergibt sich von selbst, daß die Bezeichnung „Botschafterkonferenz" nicht recht zutrifft. Der Berliner Aufenthalt der drei Botschafter ist übrigens nur auf einen Tag berechnet, so daß sie an den Sitzungen des Gesamtkabinetts, die den Beratungen des Kabinettsausschusses folgen, gar nicht mehr teilnehmen.

Endlösung bleibt Forderung!

Angesichts der Tatsache, daß immer noch kein endgültiger Termin für den Beginn der Lausanner Reparationskonferenz festgesetzt ist, da Frankreich bemüht ist, den von England für den 18. Januar vorgeschlagenen Beginn um einige Zeit zu verschieben, wird an zuständiger Stelle erneut daran erinnert, daß Deutschland sich mit dem englischen Vorschlag einverstanden erklärt hat. Die deutsche Regierung ist der Auffassung, daß die Konferenz so schnell wie möglich zusammentreten muß.

Selbstverständlich muß dabei Voraussetzung sein, daß bis dahin auch die Stillhalteverhandlungen zu einem Abschluß gelangen, damit Deutschland bei den Verhandlungen auf der Reparationskonferenz restlose Klarheit über seine gesamten Zahlungsverpflichtungen schaffen kann. Auch die an den Stillhalteverhandlungen beteiligten Bankenkreise sind der Auffassung, daß ihre Verhandlungen bis zum Beginn der Lausanner Konferenz zu einem Ergebnis führen müssen. Sie hoffen, Mitte Januar das neue Stillhalteabkommen fertiggestellt zu haben.

Wenn in den Erörterungen in der Oeffentlichkeit gegenwärtig von einer provisorischen Regelung des Reparationsproblems und einer Vertagung der Reparationskonferenz um mehrere Monate die Rede ist, so muß demgegenüber, wie in unterrichteten Kreisen nachdrücklich betont wird, mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß eine endgültige Lösung des Reparationsproblems nötig ist. In allen Regierungs- und Sachverständigenkreisen steht man auf dem Standpunkt, daß höchste Gefahr im Verzuge ist und daß die Konferenz unbedingt zu einem endgültigen Ergebnis führen muß.

Unterredung von Hoesch — Flandin

Havas bestätigt, daß eine Unterredung des deutschen Botschafters mit Laval und Flandin der Vorbereitung der Reparationskonferenz galt. Nachdem man sich, wie die Agentur behauptet, in Berlin auf die Verlängerung der eingefrorenen Kredite um ein Jahr geeinigt habe, stehe dem Zusammentritt der Reparationskonferenz nichts mehr im Wege. Aber der 18 Januar scheine der französischen Regierung wegen der am 12. Januar beginnenden Parlamentssession zu nahe zu liegen.

Da Laval persönlich an der Wiederaufnahme der Parlamensarbeiten teilzunehmen wünsche, werde er vorschlagen, die Einberufung der Reparationskonferenz um einige Tage, vielleicht bis zum 25. Januar, zu verschieben. Die französische Regierung sei grundsätzlich geneigt, Deutschland ein Moratorium, jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus, zu gewähren, unter der Bedingung, daß die ungeschützten Young-Annuitäten von Deutschland weitergezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Hoover-Moratorium die Möglichkeit hätte, über diese Summen in Form verbürgter Anleihen an die Reichsbahn zu verfügen.

Die Meinung in London

Aus London, 6. Jan., wird berichtet: Zu den Gerüchten, daß die Lausanner Konferenz vielleicht eine Entscheidung über die Reparationszahlungen bis zum Juni hinausschieben werde, schreibt Financial News, die City sei von dieser Möglichkeit nicht sonderlich begeistert, immerhin aber wäre eine solche Lösung noch besser als eine Vereinbarung, die ein dreijähriges Moratorium zur Grundlage hätte.

Die Konferenz tagt im Schloßhotel zu Ouchy

Die Reparationskonferenz wird dem Vernehmen nach ihre Sitzungen im Schloßhotel in Ouchy am Genfer See abhalten. Dort tagte 1923 die Friedenskonferenz der Westmächte und der Türkei. Man rechnet mit etwa 300 Delegierten und zahlreichen Pressevertretern.

Pressestimmen

Berliner Blätter

beschäftigen sich in glossierender Form mit den verschiedenen französischen Presseäußerungen über die Reparationsfrage, insbesondere mit den Anregungen der „Depeche de Toulouse" und der Polemik des „Temps" zu diesen Anregungen. Die „Germania" warnt davor, in den jüngsten französischen Pressestimmen zu der Reparationsfrage bereits die Einleitung zu einem bevorstehenden Umfall der französischen Regierung zu sehen. Die Tatsache aber, daß die mutigen Feststellungen der südfranzösischen Provinzzeitung einen so starken Sturm in der Pariser Presse erregen konnten, sei ein Beweis für die steigende Unsicherheit, in der man sich heute in Frankreich gegenüber dem politischen Schuldenproblem befinde. Die durch Frankreichs Hartnäckigkeit verschuldete amerikanische Haltung in der Schuldenfrage werfe die große Frage auf, was mit den eigenen Schulden werden solle. — Das „Berliner Tageblatt" meint mit Bezug auf den „Temps", in dieser Stunde kritischster Zuspitzung von der „Wahrung der Prinzipien" zu reden, heiße den politischen Bürokratismus ad absurdum führen. Daß Deutschland, wenn es der Reparationen ledig wäre, „alle übrigen politischen Ansprüche" anmelden würde, sei eine matte Ausflucht. Wolle man unter diesem Gesichtswinkel handeln, so würde es nie zu einer Verständigung kommen. — Der „Tag" nennt den Artikel der „Depeche de Toulouse" „nur einen Entlastungsvorstoß für die deutsche Linke." Die maßgebenden Kreise in Frankreich hielten zäh an ihrer alten These fest: Rettung des Youngplanes um jeden Preis, eine möglichst kurzfristige Behelfslösung, die die Weiterzahlung des ungeschützten Tributanteils und dessen Rückerstattung an die so überschuldete Reichsbahn vorsehe. Die anderwärts wachsende Einsicht über die wirtschaftliche Schädlichkeit der Tribute sei jedenfalls in Frankreich noch nicht verbreitet, zumal man ja dort in den Tributen vor allem ein politisches Druckmittel sehe.

Pariser Blätter

In einer Besprechung des Ergebnisses der Berliner Bankierverhandlungen betont Journal, daß die Lausanner Konferenz nur dann Erfolg haben könnte, wenn sie genügend vorbereitet sei. Die Vertagung um ein Jahr bedeute jedenfalls keine Lösung, sondern nur ein Behelfsmittel, durch das man die Regierungskonferenz schleunigst herbeiführen wolle. Das Blatt unterstreicht, daß die Regierungen an eine Regelung der politischen Schulden nur denken könnten, wenn sie eine allgemeine Regelung der privaten Schulden zur Grundlage nehmen. — Der sozialistische Populaire wendet sich gegen den Vorschlag eines dreijährigen Moratorium, das zwar den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands verhindern, aber keine Besserung, sondern eher eine Verschärfung der Gesamtlage bringen würde. — Die radikale Ere Nouvelle bezweifelt den Zahlungswillen Deutschlands und fordert vor einer Entscheidung der Reparations- und Kreditfrage die Bildung einer geschlossenen Gläubigerfront, die von Deutschland unantastbare Garantien verlangen müsse.

Die Reparationsdebatte

Bemerkenswerte Aeußerungen der „Information"

Fernand de Brinot beschäftigt sich in dem Wirtschaftsblatt „Information" mit der kommenden Reparationskonferenz. Er schreibt, die Schlußfolgerung sei wohl nicht zu kühn, daß es nach Ansicht der Mehrzahl der Baseler Sachverständigen gut wäre, wenn man die Schulden überhaupt beseitigen könnte. Bedauerlich sei die Entdeckung, daß Frankreich von nun an nahezu das einzige Land sei, das das in den Verträgen festgelegte Recht verteidige. Aber Tatsachen seien nun einmal Tatsachen.

Brinot stellt dann fest, daß sich in Frankreich eine gewisse Sinnesänderung bemerkbar mache, deren Niederschlag er in dem bekannten Artikel der „Depeche de Toulouse" sieht, in dem die Streichung der Reparationszahlungen gefordert wurde. Nach seiner Ansicht ist die große Geste des radikalen Blattes bei der gegenwärtigen innerpolitischen Lage in Frankreich schwer durchführbar. Trotzdem habe der Artikel des Blattes einen großen Wert, indem er einen neuen Fingerzeig gebe. Das Blatt habe einen Akt des Mutes vollbracht und gezeigt, wie man die großen internationalen Diskussionen ansehen müsse, und zwar in einem Licht, das den wahren Interessen Frankreichs nützlicher

Deutsch-französische Luftfahrtkonferenz in Berlin



In Berlin, in den Geschäftsräumen der Deutschen Bank, haben Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Luftfahrt stattgefunden mit dem Ziel einer Zusammenarbeit der beiden Länder auf diesem Gebiete. Viel bemerkt wurde die Teilnahme Dr. Eckeners an den Berliner Besprechungen, man brachte sie in Zusammenhang mit den Südamerikafahrten des Zeppelins. Unser Bild zeigt sitzend von links nach rechts: Liore (Frankreich) — Raoul Dautry (Frankreich) — Dr. Hugo Eckener. Stehend von links nach rechts: Lehmann (Deutschland) — Geheimrat Fisch — Direktor Wrensky, Deutsche Lufthansa — Dr. Weigelt, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft — Direktor Milch, Deutsche Lufthansa — Girette (Frankreich) — Hammer (Deutschland) — von Winterfeld (Deutschland).

Außenpolitische Kundgebung des Reichstages?

Die „Tägliche Rundschau", das Hauptblatt des Christlich-Sozialen Volksdienstes, nimmt **gegen eine Vertagung der Tributkonferenz und gegen die Schaffung eines Provisoriums** Stellung und schreibt dann u. a. folgendes:

„Für den Kampf um die Endlösung ist der Zusammenschluß aller deutschen Parteien zu einer Einheitsfront nach außen notwendig. Es würde ein schönes Zeichen deutscher Entschlossenheit sein, wenn alle Gruppen bei der Polemik den außenpolitischen Gesichtspunkt berücksichtigen würden. Es ließe sich vorstellen, daß der Reichstag sich vor der Lausanner Konferenz versammelt und in einer einmütigen Kundgebung die Forderung des deutschen Volkes vertritt. Es ließe sich vorstellen, daß das Auftreten der deutschen Minister begleitet wird von einer würdigen Mahnung des Parlamentes, von einem Aufruf an die Welt, der die deutsche Forderung einer Endlösung noch einmal aller Welt darstellt."

Dieser Appell hat in parlamentarischen Kreisen lebhafte Beachtung gefunden. Er geht, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, auf schon längere Zeit zurückliegende Besprechungen von Parlamentariern zurück, die daran interessiert sind, der amtlichen deutschen Außenpolitik von innen her eine kraftvolle Stütze zu geben. Und zwar geht der Gedanke dieser Kundgebung von einer Gruppe jüngerer Parlamentarier aus verschiedenen Parteien aus. Offizielle Verhandlungen zwischen den Fraktionen haben darüber aber noch nicht stattgefunden. Von dem Echo, das die Anregung der „Täglichen Rundschau" in der Oeffentlichkeit findet, wird es vielmehr abhängen, ob diese Besprechungen sich schon in der am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages bei der Entscheidung über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages irgendwie auswirken werden.

In Regierungskreisen hat man, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. weiter hört, von den Bestrebungen des Christlich-Sozialen Volksdienstes erst durch die jetzige Veröffentlichung Kenntnis erhalten. Man macht in der Wilhelmstraße darauf aufmerksam, die ganze Welt wisse ohnehin, daß das deutsche Volk in der Ablehnung der Tributlasten und in dem Verlangen nach einer Endlösung einmütig zusammenstehe

sein könne als die fortgesetzten Beschwerden, die doch ohne Wirkung bleiben müßten.

Ein „gewisses Maß von Uebereinstimmung" zwischen England und Frankreich

„Evening News" erfahren zu der Sitzung des Kabinettsausschusses, daß der englische Außenminister über ein gewisses Maß von Uebereinstimmung zwischen Frankreich und England über die auf der Lausanner Konferenz zu verfolgende Politik berichten konnte. Diese Politik werde Deutschland die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Wiedererholung verbürgen. Wenn man diese Auffassung nicht in Betracht ziehe, so bestehe keine hinreichende Hoffnung für einen Fortschritt zu annehmbaren Bedingungen in Europa.

Englands Admiralität dementiert

Die englische Admiralität gibt bekannt, daß die vom „Daily Telegraph" veröffentlichten Mitteilungen über die angeblichen Umrisse des britischen Programms für die Flottenabrüstung nicht autorisiert und die britischen Absichten unrichtig wiedergegeben seien.

Amerikas Vorbereitungen

Botschafter Dawes begann in Washington seine Besprechungen mit den einzelnen Regierungsressorts und den übrigen Mitgliedern der amerikanischen Delegation, um die Richtlinien für die verschiedenen Punkte der Genfer Abrüstungskonferenz genau festzulegen. In Regierungskreisen wurde dabei erneut betont, daß Amerika zuversichtlich greifbare Resultate von der Abrüstungskonferenz erwarte und besonders deswegen optimistisch sei, weil in der ganzen Welt der augenblickliche Zwang zu größter Sparsamkeit auch die bisher hartnäckigeren Regierungen zum Eingehen auf die Verminderungsvorschläge veranlassen werde. Die Genfer Tagung werde sich hauptsächlich mit der Landbewaffnung befassen; in dieser Frage könne Amerika keine führende Rolle übernehmen, da es weniger Truppen habe als irgendeine andere Großmacht. Lege man die Genfer Formel für die Berechnung der Effektivstärke der Reserven zugrunde, so komme in Amerika auf 900 Köpfe der Bevölkerung ein Soldat, während die Alliierten in Versailles sogar Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern auf je 600 Köpfe einen Soldaten zugebilligt hätten. Trotzdem werde Amerika seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die anderen Mächte zur Verminderung ihrer Landheere auf wenigstens annähernd ähnliche Proportionen veranlassen.

Sir John Simon über die bevorstehenden internationalen Konferenzen

Der Verband auswärtiger Journalisten in London veranstaltete zu Ehren des britischen Staatssekretärs des Aeußern, Sir John Simon, ein Frühstück, bei dem unter zahlreichen auswärtigen Diplomaten auch Botschaftsrat Graf Bernstorff von der deutschen Botschaft in London anwesend war.

Sir John Simon erklärte dabei in einer Rede u. a., daß der

Zeitpunkt der Reparationskonferenz

von Lausanne noch nicht endgültig festgesetzt worden sei. Ich darf vielleicht sagen, bemerkte Sir John Simon, daß die britische Regierung sehr beruhigt sein würde, wenn wir zu einem früheren Zeitpunkt, als zu einem späteren zusammentreten könnten; denn auch wir haben unsere parlamentarische Tagung, die heranrückt, und wenn wir nicht in der Lage sind, einen so frühen Zeitpunkt wie den 18. Januar oder darum herum zu sichern, würde unfraglich eine Teilnahme an der Konferenz sehr schwierig für einige der britischen Minister werden. Wenn der Premierminister zu diesem Zweck verfügbar sein soll, so müßte die Zusammenkunft in der Woche stattfinden, die am 18. Januar beginnt. Der Schatzkanzler wird auf alle Fälle hingehen müssen, und ich werde ihn begleiten müssen. Sodann werden wir uns von einem Ende des Genfer Sees nach dem anderen zu einer

Zusammenkunft des Völkerbundsrats

am 25. Januar umschalten müssen, wo

sehr besorgniserregende und schwierige Fragen

die sowohl Europa als auch Asien berühren, auftreten können.

Zur Abrüstungskonferenz

sagte Sir John Simon, daß an ihr etwa 60 Staaten teilnehmen werden. Auf jeder dieser drei Konferenzen werde England eine Rolle zu spielen haben. Das Interesse, das England nehmen werde, sei allumfassend in dem Sinne, daß es

eine verständnisvolle und eine umfassende Haltung

einnehmen wolle. England hoffe, daß andere dies auch tun würden. Es sei von grundlegender Bedeutung für eine Lösung, selbst wenn es nur eine stufenweise Lösung sein kann.

Zum Schluß betonte Sir John Simon, daß die einschneidenden Maßnahmen, die die englische Regierung in der letzten Zeit habe treffen müssen,

Nothandlungen

gewesen seien. England sei dazu gezwungen worden, um seine Währung zu schützen und seine Handelsbilanz zu verbessern. Es habe doch nicht den geringsten Wunsch gehabt, irgend jemandem Schaden oder Ungelegenheit zuzufügen. Die fernere englische Finanzpolitik sei eine Frage künftiger Erwägung und Entscheidung. Simon schloß mit dem Wunsch, daß die Länder die Beweggründe ihrer gegenseitigen Handlungen verstehen möchten.

*

Der deutsche Botschafter bei Simon

Der deutsche Botschafter Freiherr von Neurath hatte Mittwoch vormittag eine eingehende Aussprache mit dem britischen Staatssekretär des Aeußern, Sir John Simon.

Verbrecherische Anschläge

Vereiteltes Attentat auf die Horremer Brikett-Fabrik

Aus Horrem (Kreis Bergheim) wird gemeldet: Am Mittwoch unternahmen radikale Elemente wiederum wie am Montag den Versuch, in der Horremer Brikettfabrik größeren Schaden anzurichten. Sie hatten es diesmal auf die Kraftzentrale abgesehen, wurde aber durch die Wachsamkeit der als Posten aufgestellten Arbeiter in ihrem Zerstörungswerk gehindert. Ein bald darauf eintreffendes Landjägerkommando konnte die Burschen, die auf Rädern gekommen waren, nicht mehr ermitteln. Die Brikettfabrik hat auf die Ergreifung der Täter, die am Montag die Motoren des Kraftwerkes zerstörten, eine Belohnung von 500 RM. ausgesetzt.

24 Telephonleitungen zerschnitten

Am Mittwochmorgen wurde auf der Strecke Cleve—Hasselt bei Nachforschungen nach der Ursache plötzlich in der Nacht aufgetretener Telephonstörungen festgestellt, daß unbekannte Täter fünf Eisenbahntelefon- und Telegraphenleitungen, sowie 19 Postleitungen zerschnitten haben. Am Tatort wurden Zettel, die zum Generalstreik auffordern, gefunden.

Sprengstoffanschlag auf das italienische Konsulat in Lugano

In Lugano fand man an der Türklinke des italienischen Konsulats ein kleines Paket. Die Polizei öffnete es. Es enthielt zwei gefüllte Röhren und eine Zündschnur.

Die Sparkasseneinlagen

Ende November 1931 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 9744,67 Millionen RM. gegenüber 9936,22 Millionen RM. Ende Oktober 1931. Der Berichtsmonat weist eine Abnahme um 191,55 Millionen RM. gegenüber einer Abnahme um 283,34 Millionen RM. im Oktober 1931 auf

Hochwasser

Die Verheerungen im Weser-Werre-Gebiet

Ueber die im Weser-Werre-Gebiet aufgetretenen Ueberschwemmungen liegen noch folgende Meldungen vor: Die Weser ist derart gestiegen, daß sie in Blotho die Ufer bereits überflutet. Das Wasser reicht bis zum Bahndamm. In Uffeln mußte die Feuerwehr zur Hilfeleistung herangezogen werden. In Minden ist das Weser-Glacis vollständig überspült. Die Pioniere sind als Hilfstruppen eingesetzt worden. In dem Teile Bad Oeynhausens, der an der Werre gelegen ist, stehen die Keller sämtlich unter Wasser. Auch auf den anliegenden Aeckern hat der Wassereinbruch großen Schaden angerichtet. Die Flüsse Werre und Aa sind weiter gestiegen. Obwohl mehrere Häuser an den Flußläufen vom Wasser überrascht wurden und die Keller voll Wasser liefen, ist hier allzugroßer Schaden, wie er beim letzten Hochwasser 1925 angerichtet wurde, nicht entstanden, da sich die Hochwasserschutzregulierung bereits günstig ausgewirkt hat. Schlimm sieht es auch jetzt noch an den Stellen aus, die sich noch außerhalb des Regulierungssystems befinden. Mehrere Häuser sind hier vollständig unter Wasser gesetzt. Paddelbootflotten bemühen sich, das Kleinvieh zu retten. Ein Ueberblick über die Schäden ist noch nicht möglich. Auch die sonst recht stille Else ist in der Bünder Gegend zum reißenden Fluß geworden. Im Kreise Melle ist der Fluß über die Ufer getreten. Die Gemeinde Ahle gleicht einem riesigen See. Verschiedene Häuser sind hier vollkommen vom Wasser eingeschlossen.

Das Ueberschwemmungsgebiet bei Kehl

Aus Kehl, 5. Jan., meldet ein Sonderberichterstatter des Wolffbüros: Der plötzlich eingetretene Witterungsumschwung am vergangenen Sonnabend führte der Kinzig große Wassermengen zu, deren Abfluß in dem flachen Gelände des Hanauer Landes nicht schnell genug vor sich gehen konnte. So kam es zu einem

Dammbruch

und einer

Unterspülung der Eisenbahngleise

der Strecke Appenweier—Kehl in einem Ausmaße von etwa 30 Meter. Man hoffte, die Lücke trotz der anströmenden Wassermassen noch rechtzeitig schließen zu können. Aber das Wasser war gewaltiger als die unermüdliche Arbeit der Bevölkerung. Die Schneeschmelze auf dem Schwarzwald ging bei Föhnwitterung ständig weiter und vergrößerte den Zufluß. Alles Mühen war vergebens. In den späten Abendstunden des Montag brachen sich die Wassermassen weiter Bahn und ergossen sich mit furchtbarer Gewalt in das neue Kinzigbett, an dessen Erstellung schon seit längerer Zeit gearbeitet wird

Schier Uebermenschliches ist an den gefährdeten Stellen geleistet worden.

Unerschöpfliche Mengen von Steinen, Kies und Holz wurden in die Durchbruchsstelle geschüttet. Andere Dammstellen wurden mit Faschinen gesichert, aber es schien, als ob alle Bemühungen umsonst sein sollten. Reißend wälzte sich die wütende Kinzig dahin und überflutete schließlich das ganze Gebiet von Auenheim. Das Neudorf von Auenheim war am meisten gefährdet. Unermüdlich riefen die Kirchenglocken zur Wasserwehr auf. Mit Geräten und Werkzeugen, mit Pechfackeln und Laternen eilte die Bevölkerung aus der ganzen Umgebung herbei, um den bedrohten Auenheimern zu helfen. Jetzt, wo die Wassermassen sich langsam verlaufen — teilweise abgeleitet durch Abzugskanäle — ist noch nicht zu übersehen, wie groß der Schaden sein wird. Die Gefahr des Einsturzes für eine Reihe von Häusern im Neudorf von Auenheim konnte beseitigt werden. Unermeßlich groß aber wird der Schaden sein, den die Landwirte durch den

Verlust der Saat

und das

Wegschwemmen der Ackerkrume

erleiden. An der Bruchstelle des Dammes ist die Arbeit den ganzen gestrigen Tag über und in der Nacht zum Mittwoch weiter gegangen. Es gelang, die Lücke zu schließen, sodaß der Eisenbahnverkehr heute morgen wieder aufgenommen werden konnte. Verluste an Vieh sind nicht eingetreten.

Spree und Neiße

Aus Kottbus, 6. Jan., wird gemeldet: Für das Gebiet von Kottbus und Guben besteht keine Ueberschwemmungsgefahr. Auch an der Stadt Forst ist die Hochwasserwelle vorübergegangen, ohne wesentlichen Schaden zu verursachen. Ein Teil des neuen Staudammes an der Wehrinsel wurde von den Fluten weggerissen. Dieser Dammbruch kann aber insofern als günstig angesehen werden, als sonst das Wasser in den Mühlgraben abgeleitet worden wäre, der mitten durch die Stadt geht und an dessen Ufern eine Reihe von Fabriken liegt, die durch die unausbleibliche Ueberschwemmung stark in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Der Spreewald ist auch diesmal wieder bedroht. Das Wehr bei Schmogrow ist in Gefahr. Die Feuerwehr aus Ströbitz ist mit Sandsäcken abgerückt, um Dämme und Wehr zu sichern.

Der Muldedamm gebrochen

Aus Dessau, 6. Jan., wird gemeldet: Der Damm der Mulde ist bei Retzau gebrochen. Der staatliche Hochwasserschutz, Teno und Ordnungspolizei sind dabei, ihn wieder zu schließen. Die Dörfer Retzau und Sollnitz sind in größter Gefahr. Die ganze Muldeaue bildet weithin einen einzigen See.

Bei der Polizeiverwaltung in Dessau lief Mittwoch vormittag folgendes Telegramm aus Riesau ein: „Damm gebrochen, 1000 Sack unbedingt erforderlich, Damm noch nicht überflutet, 3 Zentimeter gefallen." — Darauf sind 40 Mann der staatlichen Schutzpolizei nach Riesau entsandt worden

Die Gefahr am Rhein gewichen

Ueber die Wasserstandentwicklung am Rhein teilt die Strombauverwaltung mit, daß zurzeit für das Mittelrheingebiet keine Hochwassergefahr mehr besteht. Neue Regenfälle sind nicht gemeldet worden und die Schneeschmelze ist bis auf den Feldberg im Schwarzwald, der noch etwa 30 Zentimeter Schnee hat, ziemlich beendet. Der Oberrhein und die Hauptzubringer Neckar und Mosel melden fallende Pegelstände. Der Höchststand in Koblenz wird 4,35 Meter kaum überschreiten. Erst mit erheblichem Ueberschreiten von 5 Meter in Koblenz beginnt der hochwassergefährliche Zustand.

Die Flut im Gebiet der Mulde

Aus Dessau, 6. Jan., meldet der Sonderberichterstatter des Wolffbüros von seiner Fahrt durch das Hochwassergebiet der Mulde: In Bitterfeld ist das ganze Gebiet der Mulde-Niederung weithin eine einzige Wasserfläche. Die in die Stadt führende Landstraße durchzieht diesen unübersehbaren See als schmaler Streifen, der nur wenige Zentimeter über der Wasseroberfläche liegt. Hinter Bitterfeld-Wolfen beginnt das Katastrophengebiet.

In Jeßnitz ist der gesamte Verkehr unterbunden.

Ein während der Nacht unterspültes

Dammstück bei Retzau-Sollnitz brach Mittwoch früh auseinander und konnte nicht geschlossen werden.

Die Fluten wurden durch einen zurückliegenden alten Damm aufgehalten. Eine Kompagnie Reichswehr aus Dessau, Schutzpolizei, Technische Nothilfe und Einwohner bemühen sich um die Sicherung des äußerst gefährdeten Dammes in Raguhn. Nach Eintritt der Dunkelheit arbeiten die Mannschaften in angestrengtester Arbeit im Scheinwerferlicht weiter. Da überall ein langsames Fallen des Wasserspiegels zu verzeichnen ist, hofft man, den Damm halten zu können.

Später wird aus Dessau gemeldet: Als die Hochwasserwelle heute früh Dessau erreichte, trafen Deichschutz, Reichswehr, Schutzpolizei, Technische Nothilfe und politische Organisationen in Tätigkeit. Zur Zeit des höchsten Wasserstandes war zwischen Wasserspiegel und Muldenbrücke kaum zehn Zentimeter Raum. Durch die rechtzeitig ergriffenen Maßnahmen galt

am Abend die Gefahr als gebannt.

Vor neuen französischen Zollerhöhungen

Handelsminister Rollin hat in einer Rede vor der Handelskammer in Paris neue Zollerhöhungen angekündigt. Die bisher getroffenen Maßnahmen stellten nur einen Teil der Maßnahmen dar, die das Ministerium gegenwärtig studiere. Auch anderen Industrien würden die Vorteile der Kontingentierung eingeräumt werden.



In Chemnitz standen ganze Straßenzüge unter Wasser, und der Weg zur Arbeitsstätte war vielfach versperrt. Wie unsere Aufnahme zeigt, haben Transportautos helfend eingegriffen.



Das Hochwasser des Kinzigflusses, der von den Schwarzwaldhöhen riesige Mengen von Schmelzwasser zu Tale führte, staute sich an dem Bahndamm der Linie Appenweier—Kehl und durchbrach schließlich den Damm bei dem Ort Neumühl kurz vor Kehl in einer Breite von etwa 30 Metern. Unsere Aufnahme zeigt den geborstenen Damm mit der durchströmenden Flut.

Reichspräsidentenwahl entscheidend

Außen- und Innenpolitik

Im Mittelpunkt der Landesversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei Württembergs in Stuttgart stand eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich über die Außen- und Innenpolitik. Dr. Dietrich führte u. a. aus:

Das Jahr 1932 wird

ein Jahr der schwersten Entscheidungen

werden. Außenpolitisch geht der Kampf um die Regelung der deutschen Privatschulden und um die Reparationen, innenpolitisch wird das heutige System darum zu kämpfen haben, sich gegen die anstürmenden neuen Gewalten zu verteidigen.

Das Problem der Reparationen und Schulden hat sich in einem wahren Schnellzugstempo abgewickelt.

Die Notverordnung vom 5. Juni

war ein Notsignal, in dessen Verfolg durch das

Eingreifen des amerikanischen Präsidenten

die Einstellung aller politischen Zahlungen Deutschlands erfolgte.

Das Wiggin-Layton-Komitee

hat dann im August getagt und mit einer ernsten Mahnung an alle beteiligten Regierungen, ihrerseits die Bekämpfung der Krise aufzunehmen, geendet. Ueber die deutschen Privatschulden ist eine provisorische Abmachung erfolgt, die eine Stillhaltung veranlaßte; soeben hat dann schließlich der Beratende

Sonderausschuß bei der BIZ.

getagt und aus dem Gang der Dinge Schlußfolgerungen gezogen, die dahin gehen, daß von einer Zahlung der geschützten Annuitäten durch Deutschland auch im nächsten Jahre keine Rede sein könne, daß im übrigen alle Voraussetzungen des Youngplanes entfallen sind, daß der Welthandel nicht zu-, sondern abgenommen hat, daß die Kaufkraft des Goldes gestiegen ist, und daß so alle Voraussetzungen, unter denen politische Zahlungen Deutschlands, also auch die ungeschützten, möglich werden, weggefallen sind. Der Ausschuß hat ausgesprochen, daß die Krise, wenn nicht bald etwas geschieht, das gesamte Europa auffressen werde, und die Transferierungen von einem Lande zum anderen das augenblickliche Chaos nur verschärfen werden. Ganz besonders wichtig ist aber, daß im zweiten Kapitel des Berichtes des Beratenden Sonderausschusses gesagt ist, daß zwar auf jede Krise eine Zeit der Erholung folgt, daß aber der Zeitpunkt der Wiederherstellung einer gewissen Stabilität nur dann erreicht werden kann, wenn die in den Schlußfolgerungen des Kapitels 4 dargelegten Gesichtspunkte berücksichtigt werden. In einer wenn auch verklausulierten Form ist hier noch ausgesprochen, daß ohne eine gründliche Neuordnung des Reparationsproblems eine Genesung nicht eintreten wird.

Die alten Vorwürfe der Verschwendung, die gegen uns früher erhoben wurden, und die schon die Konferenz in London im Sommer letzten Jahres abgelehnt hat, sind nicht wieder erhoben worden, angesichts der

brutalen Sparsamkeit des Reiches

wäre eine solche Behauptung auch nicht zu begründen gewesen.

Es steht also heute fest nach Meinung aller Sachverständigen, daß

die heutige Krise mit in erster Linie auf die Zahlungen Deutschlands aus dem verlorenen Krieg und die Verrechnung der Kriegsschulden

unter den Alliierten zurückzuführen ist. Es steht weiter fest, daß in Verfolg dieser Zahlungen eine

Goldverteilung

in der Welt stattgefunden hat, die förmlich dazu anreizt, darüber nachzudenken, ob das Gold überhaupt noch irgendeine Bedeutung im bisherigen Sinne des Wertes, d. h. als Deckung der im Umlauf befindlichen Noten beanspruchen kann. Ich bin aber nicht vermessen genug, zu sagen, daß die Reparationszahlungen und Schuldenverrechnungen allein die Schuld an der Weltkrise tragen, vielmehr sind daran ebenso sehr schuld

die unmöglichen Friedensverträge,

die den Kriegszustand in latenter Form fortgesetzt haben, und die

wirtschaftlichen Fehlgriffe

der vergangenen Jahre, in denen eine Ueberspekulation in Wertpapieren und in Waren stattgefunden hat, die schließlich unter Zerstörung einer ungeheuren Menge von Kapital zusammenbrach und damit einen großen Teil des Betriebes der Welt vernichtete. Wie allmählich in der Außenpolitik der Kampf der Reparationen und Schulden im Laufe der Jahre auf den Höhepunkt kommen wird, so wird auch die Innenpolitik die schwersten Entscheidungen mit sich bringen.

Hinter uns liegt das Jahr der Notverordnungen.

Wenn es gut geht, dann wird alle Welt die Notverordnungen loben, so sehr sie sie auch jetzt verwirft. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1932, die den schwersten Eingriff in die deutsche Wirtschaft enthält, und die in der neueren Geschichte auch nach Ansicht der Baseler Sachverständigen ein Gegenstück nicht hat, steht im engen Zusammenhang mit den Zuständen, welche durch die Reparationen und die Fehler der Weltwirtschaft heraufbeschworen sind. Diese Notverordnung verfolgt fünf große Ziele: 1. Die Senkung der Preise und Gestehungskosten, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben; 2. den Ausgleich des Reichsetats, von dem 3. die Erhaltung und Behauptung der deutschen Währung abhängt; 4. die Sicherung der deutschen Stellung in den Verhandlungen über Reparationen und Schulden, und 5. den Schutz des inneren Friedens.

Aber so wichtig der Inhalt dieser Notverordnung ist, entscheidend für die Zukunft des deutschen Volkes wird der Ausgang des Kampfes sein, der sich in einigen Monaten in der

Wahl des Reichspräsidenten

entspinnen wird. Hier wird sich zeigen, ob das deutsche Volk besonnen ist, einzusehen, daß man nur mit Einsicht, Beharrlichkeit und rücksichtsloser Anspannung aller Kräfte die Not meistern kann, aber nicht dadurch, daß man irgendeinem Phantom nachläuft, das dem deutschen Volke Wunder verspricht. Man solle fast meinen, daß dieses Volk, nachdem es im Jahre 1918-19 an das Unmögliche geglaubt, und das durch die rauhe Wirklichkeit bitter enttäuscht worden ist, nicht noch einmal der Versuchung unterliegt, schönen Worten, Phrasen, Prophezeiungen zu glauben. Hier ist die Schicksalswende Deutschlands.

Die Frage, ob die besonnenen Elemente, die die Schwere der Zeit erkennen, oder die Desperados, die alles Heil vom Zusammenbruch erwarten, sich durchsetzen, entscheidet über Sein und Zukunft unseres Volkes.

Der Redner ging dann noch ein auf die Frage der

Arbeitsbeschaffung,

die leider im vergangenen Jahre nicht mit der Energie betrieben wurde, die wünschenswert war, und legte dar, daß durch die Auftragsvergebung der Reichsbahn, durch die Umgestaltung der Siedlung wohl etwas, aber

nicht genug erreicht

sei. Er kam darauf zu sprechen, daß in den einzelnen

Kämpfen,

die wir auf politischem Gebiet erlebt haben, die Staatspartei sich jetzt überall behauptet habe, und zwar deswegen, weil die einsichtigen Elemente im Volk, die noch an eine bürgerliche Wirtschaft und Politik denken, eingesehen haben, daß die Staatspartei allein eine gerade Linie eingenommen hat, indem sie die Republik verteidigte, welche für sie die Basis der bürgerlichen Zukunft ist.

Daß ein großer Teil des Bürgertums zum Nationalsozialismus übergelaufen ist, ist ein Zeichen der schlimmsten geistigen Verwirrung. Mit dem Geschrei: Es muß anders werden, ist nichts anzufangen. Das Bürgertum muß sich endlich die Frage vorlegen: Wie stehen die Nationalsozialisten zum Privateigentum, und wie soll dis dritte Reich aussehen, das sie zu gründen erklärt haben. Der Zustand ist heute so, daß nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten das heutige Wirtschaftssystem bekämpfen, sondern auch die NSDAP.

Schon befinden wir uns in einem Zustand, bei dem die Gefahr besteht, daß der Staat in einem Maße in die Privatwirtschaft hineingedrückt wird, die kaum zu ertragen ist. Die ganz großen Gebilde, die seit Kriegsschluß in Deutschland entstanden, sind eine Gefahr für Volk und Wirtschaft. Wenn die Verhältnisse in Württemberg besser sind als in anderen Teilen des Reiches, so deswegen, weil hier der selbständige Unternehmer noch in großer Zahl vorhanden ist und dem Lande seinen Stempel aufdrückt.

Man wirft der Reichsregierung vor (namentlich von nationalsozialistischer Seite), daß sie

die schweren Mißgriffe, die manche großen Wirtschaftskapitäne gemacht

haben, toleriere; davon ist gar keine Rede. Die Reichsregierung hat sich überall dafür eingesetzt, daß jeder verhaftet und eingesperrt wird, der in unverantwortlicher Weise auf dem Rücken anderer gewirtschaftet hat, so in dem Falle Lahusen in Bremen, so in dem Falle Katzenellenbogen und bei anderen Gelegenheiten. Was die Reichsregierung aber nicht kann, daß ist, in die Justiz einzugreifen und gegen Personen vorzugehen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, was gegen die Gesetze verstößt, wenn sie vielleicht auch wirtschaftlich Fehlgriffe gemacht haben.

Zum Schluß führte der Redner aus, daß

die Außenpolitik nur mit Erfolg betrieben werden kann, wenn der Kampf im Innern gedämpft wird.

Dabei wird entscheidend sein, ob das Bürgertum neben staatsbejahenden Parteien, das Zentrum und der Sozialdemokratie, gesonnen ist, sich zusammenzuschließen, um eine politische Rolle zu spielen. Wenn dieses Bürgertum allerdings den Glauben an sich selbst aufgibt und Parteien nachläuft, die seine Vernichtung auf ihre Fahne geschrieben haben, dann kann man ihm für die Zukunft nur eine gefährliche Prognose stellen.

Die Reichsregierung kann und wird ihre Pläne durchsetzen, und das Volk wird durch die Schwierigkeiten der Zeit hindurchkommen, wenn es entschlossen ist, an seinem Teil den Kampf um seine Zukunft aufzunehmen.

Steinfall behindert die Bergungsarbeiten auf der Karsten-Zentrums-Grube

Etwa 30 Mann arbeiten mit aller Kraft an den Bergungsarbeiten in der Karsten-Zentrumsgrube. Trotzdem konnten sie bis Mittwoch vormittag erst 11 bis 12 Meter vordringen. Der gefährlichste Feind der Bergungsarbeiten ist das fallende Gestein. Wenn der Steinfall so fortdauernd, wird man nicht vor Anfang nächster Woche an die Leichen der Verunglückten herankommen.

*

Anläßlich des Grubenunglücks auf Zeche Karsten-Zentrum bei Beuthen hat der Reichspräsident an die Direktion der Schlesischen Bergwerks- und Hütten-A.-G., Beuthen, ein Telegramm gerichtet, in dem er den Hinterbliebenen der tödlich verunglückten Bergleute sein herzlichstes Beileid übermittelt.

Appell an Hindenburg

Westfälische Landbundtagung

Der Westfälische Landbund hielt in Hamm einen Landbundtag ab, bei dem als Referenten der Landbundpräsident Graf Kalckreuth und General a. D. von Epp sprachen.

Der Präsident des Westfälischen Landbundes schilderte in seiner Eröffnungsansprache den Ernst und die trostlose Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Alle Hoffnungen auf durchgreifende Maßnahmen der Reichsregierung seien enttäuscht worden. Die Landwirtschaft habe einen geradezu katastrophalen Preissturz erlebt.

Graf Kalckreuth

führte u. a. aus, die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bringe trotz einiger anerkennenswerter Maßnahmen zur Verbilligung der Produktion der deutschen Landwirtschaft nicht Rettung vor dem völligen Zusammenbruch. Die im Ziele richtige, in dem Ausmaß völlig ungenügende Zinssenkung, die Preissenkung für eine Reihe von Bedarfsartikeln und Löhnen werde zum großen Teil durch die erhöhte Umsatzsteuer wieder ausgeglichen. Das Betriebssicherungsgesetz und der Vollstreckungsschutz könne für einige Zeit den akuten Zusammenbruch hinausschieben, sie können aber nicht die weitere Verelendung der Landwirtschaft aufhalten und können nicht die aufs schwerste gefährdete Erntebestellung des Jahres 1932 sichern, wenn nicht die Rentabilität der Landwirtschaft wieder hergestellt werde. Von einer auch nur annähernden Wiederherstellung der Rentabilität könne gar keine Rede sein, solange nicht die Notverordnung ergänzt wird durch durchgreifende Maßnahmen zum Schutze der Veredelungswirtschaft, deren Preise heute einen völligen Zusammenbruch erfahren hätten. Die Preise für alle Viehprodukte seien unter dem Druck des Valutadumpings der nordischen Länder ins bodenlose gefallen und stehen etwa 30% unter den Friedenspreisen. Andere hochvalutarische Länder haben sich durch entsprechende Maßnahmen gegen das Valutadumping geschützt. In Deutschland ist aber nichts geschehen, um dem Valutadumping auf dem Gebiete der Veredelungsproduktion und der Holzproduktion Deutschlands Einhalt zu gebieten. Die Einfuhr von lebendem Vieh und Fleisch sowie die Einfuhr dänischer und australischer Butter erdrückt von Monat zu Monat mehr den Absatz heimischer Butter und Milch. Kein Einfuhrverbot, keine Butterzollerhöhung erfolgt. Praktisch sind in Deutschland die Getreidepreise nachdem sie noch nicht annähernd die seinerzeit vom Reichstage für Jahre mit guten Ernten anerkannten Richtpreise erreicht haben, die ersten Warenpreise, die die 10%ige Preissenkung durchmachen. Die deutsche Landwirtschaft könne von der Regierung in seiner jetzigen Form die Rettung vor völligem Zusammenbruch nicht mehr erhoffen. Nur durch durchgreifende Taten kann heute noch die deutsche Wirtschaft und deutsche Landwirtschaft vor dem völligen Untergang bewahrt werden. Das Kabinett Brüning hat in seiner Regierungszeit nicht die Kraft und den Willen gezeigt, die Landwirtschaft wieder rentabel und produktionsfähig zu machen. Wir sehen nirgends den Entschluß, durch Abrücken vom Weltmarkt und Steigerung der heimischen Produktionskraft dem Auslande gegenüber sich unabhängig zu machen. Solange die Regierung in ihren Maßnahmen versagt, solange von der Regierung keine entscheidenden Schritte getan werden, um die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen und damit die Produktionskraft der deutschen Erde zu sichern, ist es Pflicht jedes Landwirtes, aus eigener Verantwortung dem Volke gegenüber so zu handeln, daß er als seine erste und wichtigste Aufgabe ansieht, den eigenen Betrieb produktionsfähig und gesund zu erhalten. Denn bricht die Landwirtschaft zusammen, wird die neue Ernte mangelhaft oder gar nicht hereingebracht, dann ist Deutschland wirtschaftlich und politisch verloren.

General von Epp

schilderte das zahlenmäßige und technische Mißverhältnis, das zwischen unserer Reichswehrmacht und den Kräften unserer Gegner besteht und das der Zahl nach auf 1:130 zu schätzen sei. Das Uniformverbot aus der Notverordnung treffe in der Hauptsache die auf Wehrhaftigkeit aufgebauten nationalen Verbände. Für das Absinken der Wehrkraft Deutschlands machte der Redner sämtliche Regierungen Deutschlands seit 1920 verantwortlich. Unser Wert in der Welt würde gewaltig steigen, wenn wir eine an die Vorkriegszeit gemessene Wehrkraft haben. Wenn es uns jetzt nicht gelinge, die Ketten zu sprengen, so müsse man doch ständig daran arbeiten, daß wir sie beim nächsten Mal abschütteln können, zum Kampfe u mdie Freiheit. v. Epp verlangte für Deutschland ein Wehrrecht, aus dem sich eine Wehrpflicht selbsttätig entwickeln werde.

Biersteuer- und Bierpreissenkung?

Wie die Tel.-Union von zuständiger Stelle erfährt, prüft man augenblicklich im Reichsfinanzministerium, wie weit die Erleichterung in der Biersteuer bemessen werden kann, um eine spürbare Senkung der Bierpreise zu erreichen. Die Entscheidung darüber soll noch im Laufe des Januar bekanntgegeben werden. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung wird von dieser Entscheidung des Reichsfinanzministeriums seine Stellungnahme zu dem Bierpreise abhängig machen.

Wie die genannte Korrespondenz weiter hört, steht man im Reichsfinanzministerium einer Biersteuersenkung durchaus wohlwollend gegenüber, zumal man sich von einer Bierpreissenkung eine Zunahme des Bierumsatzes verspricht. Man rechnet also damit, daß sich eine Steuerermäßigung gar nicht einmal nachteilig auf die Steuereinnahmen auswirken würde.

Klepper verhandelt mit Brüning

Der preußische Finanzminister Dr. Klepper hatte mit Reichskanzler Dr. Brüning eine Unterredung, um über die Absichten Preußens für den Ausgleich des Etats 1932 mit dem Reiche eine Uebereinstimmung herbeizuführen. Da Preußen das Defizit von 167 Millionen nicht nur durch Einsparungen, sondern auch durch Einnahmeerhöhungen beseitigen will, ist bei dem Ausgleich die Mitwirkung des Reiches notwendig. Die Einnahmeerhöhungen sollen, wie verlautet, durch neue Verbrauchssteuern und durch eine Zahlung des Reiches auf Grund der preußischen Entschädigungsansprüche erzielt werden.

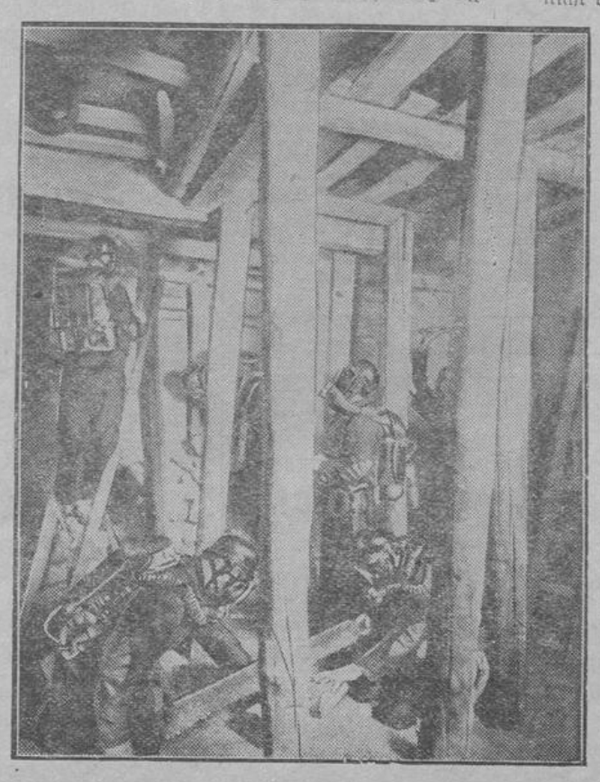
Der Krieg der gelben Rasse

Englands Vertreter in der Mandschurei-Kommission

Lord Lytton, der seit September an den Verhandlungen des Völkerbundes über den mandschurischen Konflikt teilgenommen hat, wird der Internationalen Untersuchungskommission für die Mandschurei als britisches Mitglied angehören.

Chinesische Ueberfälle auf Japaner

Nach einer Meldung der „Times" aus Tokio unternahm eine starke Räuberbande am Abend des 4. Januar einen Angriff auf Sinmin und konnte erst am 5. Januar früh vertrieben werden, nachdem Verstärkungen aus Mukden eingetroffen waren. In Tschintschau griffen 30 Chinesen eine japanische Wache zwischen der Eisenbahnstation und der Stadtmauer an und verwundeten drei japanische Soldaten schwer.



Rettungskolonnen in der Beuthener Unglücksgrube

Die Hoffnung, die in der Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen verschütteten Bergleute noch retten zu können, ist geschwunden. Unsere Aufnahme zeigt die Rettungskolonnen in der Grube bei ihrer gefahrvollen Arbeit

Streikversuche in Remscheid mißlungen

Aus Remscheid, 6. Jan., wird gemeldet: In sämtlichen Fabriken und bei allen Firmen wurde heute früh die Arbeit geschlossen aufgenommen, nachdem gestern doch in vereinzelten Betrieben die kommunistische Agitation bei einzelnen Belegschaftsmitgliedern Erfolg gehabt hatte. Zwischenfälle ernsterer Art haben sich auch heute morgen nicht zugetragen. Fünf der kommunistischen Partei angehörende Personen wurden festgenommen, die in Remscheid-Lüttringhausen die Mauern von Fabrikanlagen mit weißer Farbe beschmierten und Flugblätter verteilt hatten.

Streikabstimmung bei den Berliner Gas- und Wasserwerken

Die Obleute der Berliner Gas- und Wasserwerke sowie der B. V. G. haben in gemeinsamer Sitzung von dem Ergebnis der Verhandlungen im Rathaus Kenntnis genommen. Während sich die Funktionäre und Obleute der B. V. G. für die Annahme des Angebots ausgesprochen haben, wird bei den Gas- und Wasserwerken eine Entscheidung mittels Urabstimmung in den einzelnen Betrieben herbeigeführt werden. Die Abstimmung wird mit der Fragestellung „Für oder gegen Streik?" stattfinden. Die Bezirks- und Ortsverwaltung des Gesamtverbandes hat den Abstimmungstermin auf Freitag und Sonnabend festgesetzt.

Schüsse auf die Polizei in Homberg

Am Mittwochnachmittag kam es in Homberg wiederum zu Ansammlungen. Mit Einbruch der Dunkelheit waren die üblichen „Hungerrufe" zu verzeichnen. Die Polizei konnte die Ruhe wieder herstellen. Auf der Rheinpreußenstraße wurden durch gefällte Kastanienbäume Barrikaden errichtet. Von hier aus wurde die Polizei beschossen. Auf der Mörser Straße wurde durch eine Flaschenbombe eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Anscheinend galt der Wurf dem die Straße passierenden Ueberfallkommando. Personen wurden hier nicht verletzt. Auch in Rheinpreußen fanden größere Ansammlungen statt. Die Polizei wurde auf der Friedrich-Alfred-Straße mit Steinen beworfen. Die einschreitenden Polizeibeamten konnten die Straße bald restlos räumen. Drei Personen wurden wegen Belästigung von Arbeitswilligen verhaftet.

Streikkumulte in Holland

In der Stadt Enschede, dem Zentrum des Textilarbeiterstreiks im Industriegebiet von Twente, kam es Dienstag abend wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Streikenden. Die Ausständigen hatten sich zusammengerottet, um Arbeitswillige, unter denen sich auch einige aus benachbarten deutschen Grenzorten stammende deutsche Arbeiter befanden, tätlich zu bedrohen und ihre Wohnungen zu beschädigen. Die Menge eröffnete beim Herannahen von Polizeipatrouillen auf diese ein Steinbombardement, wodurch ein Polizeioffizier, zwei Polizisten und ein Wachtmeister der Gendarmerie verletzt wurden. Die Beamten gaben Schreckschüsse ab. Nach Eintreffen von Verstärkungen wurden die Straßen mit der blanken Waffe gesäubert.

Klage gegen den preußischen Fiskus

Der Landesverband Preußen des Reichsbundes der höheren Beamten teilt mit:

Beim Landgericht 1 Berlin ist die Klage eines Oberstudiendirektors und eines Oberstudienrats gegen den preußischen Fiskus eingegangen, in der unter Bezugnahme auf den einstweiligen Beschluß des preußischen Staatsrates vom 30. September vorigen Jahres die Verfassungswidrigkeit und Rechtsungültigkeit der preußischen Sparverordnung vom 12. September vorigen Jahres in eingehenden Ausführungen dargelegt und der zufolge der in der Sparverordnung gekürzte Gehaltsbetrag von den Klägern zurückgefordert wird. Auch seitens anderer Beamtenkategorien liegen bereits ähnliche Klagen vor.

Die Evangelische Gemeinschaft in Preußen Körperschaft des öffentlichen Rechtes

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums der Evangelischen Gemeinschaft in Preußen auf Grund ihrer Verfassung vom 21. April 1931 die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes verliehen worden. Der für kirchliche Angelegenheiten zuständige Minister wurde ermächtigt, auf Antrag auch etwa neu zu bildenden Jährlichen Konferenzen der Gemeinschaft die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes zu gewähren.

Beschlüsse der Organe der anerkannten Körperschaften bedürfen der Staatsgenehmigung a) bei Veränderungen der Verfassung, wenn sie den Sitz oder das Gebiet der Körperschaft oder die Bildung oder Zusammensetzung der zur vermögensrechtlichen Vertretung oder zur Ausübung behördlicher Befugnisse berufenen Organe, oder die Voraussetzung der Mitgliedschaft betreffen; b) bei Auflösung der Körperschaften; c) bei Veräußerung von Gegenständen, die einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben.

Lohnfestsetzung durch den Schlichter

Für die Metallindustrie Herford setzte der Schlichter folgendes fest: Der bestehende Lohntarif wird mit folgender Aenderung wieder in Kraft gesetzt: Der Spitzenlohn des Facharbeiters über 22 Jahre beträgt 68 Pfg. Alle anderen Löhne ändern sich entsprechend. Diese Regelung gilt vom 1. 1. 1932 und kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. 5. 1932 gekündigt werden.

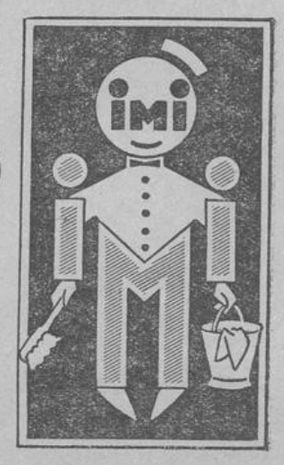
Für die oberbergische Textilindustrie traf der Schlichter folgende Regelung: Der bestehende Lohntarif wird mit folgender Aenderung wieder in Kraft gesetzt: Der Tariflohn beträgt für Hilfsarbeiter 50 Pfg., für Hilfsarbeiterinnen 38 Pfg. Alle anderen Lohnsätze, Zulagen und Akkordrichtsätze bleiben unverändert. Diese Regelung gilt vom 1. 1. 1932 und kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. 5. 1932 gekündigt werden.

Verleihung des höchsten päpstlichen Ordens an den König von Italien

Anläßlich der Verleihung des höchsten päpstlichen Ordens, des Halsbandes des Christusordens, an den König und den Kronprinzen von Italien, beleuchtet die römische Presse die außergewöhnliche Bedeutung dieser Auszeichnung, von der man bereits anläßlich des Abschlusses der Lateran-Verträge gesprochen hatte, durch den Hinweis, daß seit der Wiederherstellung dieses Ordens durch Pius IX. im Jahre 1878 nur 14 mal diese höchste Auszeichnung verliehen worden ist, die wie es in dem Breve Pius' IX. zur Wiederherstellung des Ordens heißt, einen so hohen Charakter tragen soll, daß sie jedem anderen Orden vorangehe.

Bei der Seltenheit dieser Auszeichnung sei auch daran erinnert, daß Leo XIII. Bismarck als einzigem Deutschen im Jahre 1887 diese Auszeichnung zuteil werden ließ. Anlaß dazu war der zwischen Deutschland und Spanien entstandene Streit um die Karolinen-Insel, zu dessen Schlichtung Bismarck den päpstlichen Schiedsspruch vorgeschlagen und zugestanden erhalten hatte. Obwohl der Schiedsspruch Deutschland weniger günstig war als Spanien schrieb Bismarck an Leo XIII. damals einen Brief, in dem er die souveräne Stellung des Papstes durch die Anrede Sire anerkannte, was den eigentlichen Anstoß zu der Verleihung des höchsten päpstlichen Ordens an Bismarck gegeben haben soll.

Wenn Sie schon auf den Pfennig sehen, dann müssen Sie wissen: Schon ein Teelöffel IMI reicht für eine normale Aufwasch- und Spülschüssel und reinigt eine große Menge Geschirr!



IMI zum Aufwaschen - Spülen - Reinigen
* für Geschirr und alles Hausgerät *

Bekanntmachung

In den nächsten Tagen wird mit dem **Einziehen der Beiträge zur Provinzialfeuerversicherungsanstalt begonnen.** Der Geschäftsführer Willi Mebus wohnt jetzt Hauptstraße 86.

Burscheid, den 6. Januar 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Fleisch-Verkauf

ab Freitag Morgen 9 Uhr. Prima Rindfleisch zum Preise von 65 Pfennig das Pfund.

Friedrich Wirths, Kaltenherberg

Telefonische Bestellungen unter Nr. 636.

Alle vorkommenden

Neuarbeiten und Reparaturen

im Schreiner-Handwerk werden prompt u. gut zum Stundenpreise von 90 Pfennig ausgeführt von

Walter Willms

mech. Bau- und Möbelschreinerei

Dierath.

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis

Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2487.

Zum Sehen geboren · Zum Schauen bestellt

3 der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereinigt in 1

Reichster Inhalt
*
Ueber 100 Seiten Umfang
*
Viele Bilder
*
Farbenprächtige Kunstblätter
*
Preis nur 1.50



Ein Jahrgang bringt eine ganze Bücherei und Bildersammlung: 3 bis 4 Romane, über 200 wertvolle Aufsätze und Schilderungen aus allen Gebieten, viele Bilder und farbenprächtige Kunstblätter

Es gibt keine andere deutsche Zeitschrift von dieser Eigenart, die für den beispiellos billigen Preis von nur M. 1.50 monatl. so Außergewöhnliches bietet!

Gutschein
An den Verlag Heinrich Beenken Berlin SW 19
Bitte senden Sie mir kostenlos ein „Türmer"-Probeheft. 30 Pfennig für Porto füge ich bei.

Bestellschein
An die Buchhandlung
Ich bitte mir die schöne Zeitschrift „Der Türmer" zum monatlichen Preis von M 1.50 zu liefern.

Ort und Datum: _____
Name: _____
Vertreter gesucht!

Eine Freude für das deutsche Haus!

Kurbad Hammerschmidt, Opladen

Humboldtstr. 19—23.

Med. Bäder—Massage

Kohlensäure- u. Sauerstoffbäder, Elektr. Licht- u Wasserbäder. Bestrahlungen, Diathermie- u. Fangobehandlung.

Inhalatorium.

Bei allen Krankenkassen zugelassen. Man verl. Prospekt. Befrage den Arzt.

Wer sucht Geld?

Kostenfreie Auskunft.

Knauf, Köln

Eintrachtstr. 91.

Keine Bausparkasse oder Vermittlung.

Sprechzeit: Montag, Dienstag Freitag von 9—18 Uhr, Samstag 9—12 Uhr.

Suchen Sie schnell

ein Darlehn, Hypothek od. Baugeld, so wenden Sie sich nach Burscheid-Büchel 260. Darlehen nur vom Selbstgeber. Ia Referenzen.

Redegewandte tücht. Herren

m. Büro als Bezirksl. bei 600 bis 800 RM. mon. ges. Angeb. unter U. C. 999 Eisenach, Hauptpostlagernd.

Halbtags-Mädchen

sofort gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mittelschweres

Pferd

zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Oskar Heinrichs

Holzhandlung und Holzbearbeitung

Burscheid, Höhestraße

empfiehlt

Bretter
Dielen
Rahmen
Dachlatten
Fußboden
und Sperrholz

in allen vorkommenden Längen, Breiten und Stärken. Bauholz in allen Dimensionen zu den billigsten Tagespreisen.

Haus

mit Garten und Baumhof in oder bei Burscheid zu kaufen, event. 3 Zimmer-Wohnung zu mieten gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mehrere gut angefütterte

Schweine

zum Weitermästen zu verkaufen.

Irlermühle b. Burscheid

Telefon 534.

Otto Renzmann

Baustoffhandlung

Heide-Hilgen

Fernsprecher Amt Burscheid 527

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 5 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Donnerstag, den 7. Januar 1932

Der Begleiter im neuen Jahr

Den Marsch ins neue Jahr müssen wir selber tun. Es sind Mut und Lebensglaube, Hoffnung und Zuversicht geschenkt, auf daß wir ungebeugt und unerschüttert der Zukunft entgegengehen.

Aber Gegenwart und Zukunft fließen ineinander. Was gestern noch ein Teilchen Zukunft war, heute ist es schon Gegenwart und Erlebnis, was eben noch als Gegenwart unser Denken und Trachten in Anspruch nimmt, gehört in Kürze schon der Vergangenheit an. Je erlebnisreicher eine Zeit ist, je mehr sie ausgefüllt ist mit Geschehnissen im engeren und weiteren Kreis, desto schneller entflieht sie uns, desto stärker werden wir ihrer Flüchtigkeit, ihres „Tempos" gewahr.

Hat es je eine Zeit gegeben, angefüllter, bewegter, wechselvoller, schicksalshafter wie diese. Der einzelne Mensch findet sich in ihr nicht zurecht. Der verwirrende Wirbel des Geschehens stellte tausend Fragen, auf die der Einzelne keine Antwort weiß.

Darum bedürfen wir auch im neuen Jahre eines ständigen Begleiters, eines täglichen Ratgebers, der Zeitung. Sie stellt uns selbst hinein mitten in das Erleben des Tages und der Zeit, sie unterrichtet uns über das Weltgeschehen, sie klärt und erklärt den Ablauf der Dinge, sie gibt Richtung und Haltung in einer Zeit, in der das Leben, die Welt sich täglich in neuen Fragen, in neuen Rätseln gefallen.

Hätte man im vergangenen Jahr, in diesem Jahre, der sich jagenden großen Ereignisse, ohne den täglich gedruckten Begleiter sein können? Und glaubt jemand, das neue Jahr werde den Rhythmus des öffentlichen Herzens verlangsamen? Nein, es schreitet Weltgeschichte durch unsere Tage! Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft fliehen stromhaft ineinander. Folgen können wir dem Strome nur dann, wenn wir auch im neuen Jahre Wort und Rat unseres gedruckten, täglichen Begleiters hören.

Billige Kohlen für die hilfsbedürftige Bevölkerung

Winterhilfe im Rhein-Wupperkreise

Aus dem Landratsamt wird uns zu unserer gestrigen diesbezüglichen Meldung geschrieben:

Im Rahmen der Winterhilfe stellt die Reichsregierung Mittel zur Verfügung, durch die der hilfsbedürftigen Bevölkerung für die Monate Januar bis März der Bezug von Kohlen zu verbilligten Preisen ermöglicht werden soll.

Die Verbilligung erfolgt aufgrund eines von der Reichsregierung herausgegebenen Bezugsscheines. Empfangsberechtigt sind sämtliche Unterstützten der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, soweit sie Familienzuschläge erhalten. Diese Unterstützten empfangen die Scheine von den Arbeitsämtern. Ferner kommen die von den Wohlfahrtsämtern unterstützten Personen sowie die Empfänger von Zusatzrenten, soweit sie ausschließlich auf Renten und Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz angewiesen sind, für den Empfang der Gutscheine in Frage. Bedingung ist jedoch, daß diese Personen einen eigenen Haushalt führen. Es sei dabei bemerkt, daß unter eigenem Haushalt auch der Haushalt von Alleinstehenden verstanden wird, soweit sie sich selbst ihr Essen zubereiten. Die vom Wohlfahrtsamt Unterstützten und die Zusatzrentenempfänger erhalten die Gutscheine von den Wohlfahrtsämtern der einzelnen Gemeinden.

Die Gutscheine für verbilligte Kohlen können von allen Kohlenverkaufsstellen in Zahlung genommen werden. Jeder Berechtigte kann monatlich zwei Zentner verbilligte Kohlen erhalten. Die Verbilligung beträgt 30 Pfg. pro Zentner, d. h. der verbilligte Preis muß 30 Pfg. unter dem Tagespreis liegen, oder, sofern für Unterstützungsempfänger bereits Preisnachlässe bestehen, 30 Pfg. unter diesen verbilligten Preisen. Die Abgabe der Kohlen beginnt mit dem 11. Januar 1932. Für die Monate Januar, Februar und März wird je ein Bezugsschein mit je zwei Abschnitten zu je einem Zentner ausgegeben. Beide Abschnitte sind für die Dauer des Kalendermonats gültig, für den der Bezugsschein ausgegeben ist. Es muß also von dem Bezugsberechtigten darauf geachtet werden, daß er die einzelnen Abschnitte des Bezugsscheines rechtzeitig in Zahlung gibt. Wird dies nicht beachtet, so verfällt der Abschnitt.

Bei der Abgabe der Kohlen trennt der Kohlenverkäufer den entsprechenden Abschnitt vom Bezugsschein ab und entwertet ihn durch Aufdruck seines Firmenstempels unter Hinfügung des Datums. Der Kohlenverkäufer liefert die gesammelten Abschnitte in der Zeit vom 25. des Ausgabemonats bis zum 5. des nächsten Monats an die Stadt- und Gemeindekassen ab. Die Kassenstelle erstattet ihm den Betrag unmittelbar.

Deutschlands ältester Ehemann gestorben

Dienstag abend verschied in seiner Wohnung, Barmen, Hedinghauserstr. 137, Deutschlands ältester Ehemann Caspar Gudel. Mit ihm sinkt ein reiches Stück Barmer Geschichte ins Grab.

Caspar Gudel wurde am 30. Juni 1830 in Barmen geboren und hat sein ganzes Leben in seiner Vaterstadt zugebracht. Mit seiner Frau, die heute 97 Jahre zählt, war er nahezu 76 Jahre verheiratet. Im März vergangenen Jahres feierte er die 75. Wiederkehr seines Hochzeitstages, für die man keine offizielle Bezeichnung finden konnte, da er bereits die Silberne, Goldene, Diamantene, Eiserne und Eherne Hochzeit gefeiert hatte. Damals gingen dem ältesten Ehepaar Deutschlands Glückwünsche aus allen Himmelsgegenden, sogar aus dem Ausland zu.

Der alte Herr war von erstaunlicher Rüstigkeit und geistiger Frische und nahm regen Anteil an allem, was in der Welt vor sich ging. Nun hat auch er, der sich bis in seine letzten Tage einen goldigen Humor bewahrte, dem Zug des Todes folgen müssen.

Aus den Fingern gesogen

Eine kommunistische Tendenzmeldung

Aus dem Landratsamt wird uns geschrieben:

Die „Bergische Arbeiterstimme" bringt in ihrer Nummer von Dienstag, den 5. Januar 1932 unter der Ueberschrift „Wie ein Bürgermeister die Notverordnung handhabt" eine Mitteilung aus Leichlingen, nach der der dortige Bürgermeister eine Mitgliederversammlung der Invaliden- und Arbeitsrentner, die für Samstag, den 2. Januar 1932 geplant gewesen sei, verboten habe. In der Hoffnung, bei der höheren Instanz Hilfe zu finden, habe sich dann der Vorsitzende zum Landrat begeben, der ihm jedoch erklärt habe, „wenn der Bürgermeister von Leichlingen angeordnet habe, daß keine Versammlung stattfinde, dann sei dagegen nichts zu machen".

Diese Meldung ist von A bis Z unwahr. Weder ist bei dem Herrn Bürgermeister in Leichlingen beantragt worden, die Versammlung stattfinden zu lassen, noch ist, wie in dem Artikel fälschlicherweise behauptet wird, ein Vertreter der infrage kommenden Organisation beim Landrat vorstellig geworden. Die unglaubliche Dreistigkeit, mit der in diesem Artikel die Wahrheit tendenziös auf den Kopf gestellt wird, hat Veranlassung gegeben, gegen den verantwortlichen Redakteur im öffentlichen Interesse Beleidigungsklage anzustrengen.

Nur noch billige Schulreisen

Der Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtages hat beschlossen, darauf hinzuwirken, daß die Schulverwaltungen ausgedehnte und kostspielige Schulreisen verbieten; sie sollten grundsätzlich nur noch solche gestatten, die nicht länger als drei Tage dauerten.

Niemand, so sagt der Nachrichtendienst der Vela (Vereinigung der leitenden Angestellten e. V.), wird unserer Jugend ihre Wanderlust und ihre Wandererlebnisse mißgönnen. Aber aus der Erfahrung vieler Eltern heraus kann doch gesagt werden, daß eine Zeitlang — sie scheint bereits abgeschlossen hinter uns zu liegen — auf manchen Schulen, nicht nur höheren, eine gewisse Sucht, den Rekord des weitesten Reisezieles und der längsten Reisedauer zu erringen, üppige in- und ausländische Blüten trieb. Daß diese oft wochenlangen Reisen natürlich doch einiges kosteten, auch wenn sie, zugegeben, noch so billig aufgezogen waren, und daß im übrigen in Zweifel gezogen werden durfte, ob diese Reisen in ferne Gegenden und selbst zu fremden Völkern in allen Fällen den erhofften Bildungs- und erzieherischen Gewinn hatten. Schließlich sind doch solche Zehn- oder Vierzehntages-Eindrücke nicht in allen Fällen geeignet, ein wirkliches Bild eines weit entfernten Landes und seiner Einwohner zu geben, ja, man kann sogar die Befürchtung äußern, daß sie in den jugendlichen Reisenden falsche Bilder und eine gewisse Ueberheblichkeit entstehen lassen. „Was haben wir nicht alles schon gesehen!", und: „Was kann uns die Heimat noch zeigen, wo wir schon so weit jenseits der Grenze umhergelaufen sind!" Die Heimat kennen in der Tat viele unserer Schüler nicht oder sehr ungenügend, und man darf, auch in Ansehung der Kosten einer solchen Reise, annehmen, daß zu Wanderfahrten in der Heimat auch zwei (statt der vom Unterrichtsausschuß eingeräumten drei) Tage schon genügten — wenn nicht gar einer.

Die neuen Postgebühren

Im Amtsblatt des Reichspostministeriums ist jetzt die Verordnung zur Aenderung der Postordnung veröffentlicht worden, mit der die kürzlich beschlossenen Gebührensenkungen für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete bekanntgegeben werden. Die Ermäßigungen treten am 15. Januar in Kraft.

Es werden also künftig erhoben: 1. für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Rpf., über 20—250 Gramm 25 Rpf., über 250—500 Gramm 40 Rpf., 2. für Postkarten im Fernverkehr 6 Rpf., 3. für Pakete besondere Gebührensätze, zu denen bei Nichtabholung eine Zustellgebühr von 15 Rpf. für jedes Paket hinzutritt, die auch vom Absender vorausgezahlt werden kann. Der Freimachungszwang für Postpakete wird gleichzeitig aufgehoben, für nichtfreigemachte Pakete bis 5 Kilogramm einschließlich wird neben dem Fehlbetrag ein Gebührenzuschlag von 10 Rpf. nacherhoben.

Notverordnung und Hausbesitz

Der Kommunalausschuß der Haus- und Grundbesitzerorganisationen im Regierungsbezirk Düsseldorf hielt kürzlich in Düsseldorf eine Sitzung ab.

Man befaßte sich mit den praktischen Auswirkungen, die die letzte Notverordnung für den Hausbesitz zur Folge hat. Es ist nicht nur vom Standpunkt der Hauseigentümer, sondern auch vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt aus tief bedauerlich, so wurde dort ausgeführt, daß die Rentabilität des Hausbesitzes noch mehr verschlechtert wird. Dies gilt insbesondere für jene Grundstückseigentümer, die mit Aufwertungshypotheken belastet sind und trotz Erhöhung der Hypothekenzinsen die zehnprozentige Mietsenkung vornehmen müssen. Aber auch jene Grundstückseigentümer, denen die Hypothekenzinsen auf Grund der Notverordnung herabgesetzt werden, erleiden einen Schaden, wie sich an Hand von konkreten Beispielen nachweisen läßt. Leider wurde den Hypothekenbanken und Sparkassen die Konzession gemacht, Verwaltungskostenbeiträge zu erheben, obwohl besonders letztere schon aus der Zinsspanne Vorteil ziehen.

Bedauerlicherweise wird die Notverordnung von rein fiskalischer Tendenz beherrscht. Während im Januar 1930 in Preußen von 1 Milliarde Hauszinssteueraufkommen 500 Millionen für Wohnzwecke verwendet wurden, sind im Jahre 1932 von 800 Millionen nur 50 Millionen hierfür vorgesehen. Dies ist umso bedenklicher, als die ausländische Wirtschaft sich immer mehr von Deutschland abschließt und daher die Binnenwirtschaft gestärkt werden muß. Hierbei spielt jedoch das Problem der Wohnwirtschaft eine ausschlaggebende Rolle.

Der Hausbesitz muß daher gegen die Notverordnung aus allgemein wirtschaftlichen Gründen schwerste Bedenken erheben, um so mehr, als die längst notwendige Verwaltungsreform, die auch der öffentlichen Hand größte Sparsamkeit auferlegen würde, immer noch nicht durchgeführt ist.

21. Februar Volkstrauertag

Der Ausschuß für die Festsetzung eines Volkstrauertages hat in seiner letzten Sitzung in Berlin einstimmig beschlossen, den Volkstrauertag in Deutschland und den deutschen Auslandsgemeinden zum Andenken an die im Weltkrieg Gefallenen auch im Jahre 1932 am 5. Sonntag vor Ostern, „Reminiszere", also am 21. Februar, in gleicher Weise wie in den Vorjahren zu feiern.

In der letzten Sitzung ist auch über die Absicht der preußischen Regierung, den Totensonntag für Preußen zum Volkstrauertag zu bestimmen, diskutiert worden. Es ist dabei nicht eine Stimme für den Totensonntag laut geworden. Sämtliche Vertreter sprachen sich einstimmig für den Sonntag Reminiszere aus.

Aus der Heimat

Jahreshauptversammlung des Geflügelzuchtvereins

Der Nutz- und Rassegeflügelzuchtverein für Burscheid und Umgebung hält am kommenden Samstag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal von Friedr. Conrads, seine Jahreshauptversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßt nachstehende Punkte: Verlesen der letzten Niederschrift, Abrechnung der Ausstellung, Geschäftsbericht, Kassenbericht, Vorstandswahl und Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich. Interessenten sind herzlich willkommen.

Siehe auch Anzeige in morgiger Ausgabe.

Meisterschaftsringen in Hilgen

Am kommenden Sonntagmorgen bietet der Turnverein „Frischauf" Hilgen wiederum einen Meisterschaftskampf; diesmal steht die Mannschaft von Solingen-Dorperhof den Hilgenern gegenüber. Die Aufstellung beider Mannschaften ist folgende:

Dorperhof	Gewichte	Hilgen
Wuchart	Fliegengewicht	Garbe
Brückmann	Bantamgewicht	Marx
Müller 2	Federgewicht	Lempert
Koch	Leichtgewicht	Engelhard
Gottschall	Mittelgewicht	Förster
Müller 1	Halbschwergewicht	Röttger
Göbel	Schwergewicht	Gelhaus

Der Beginn ist auf 10,30 Uhr festgesetzt. Alle Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen. Eintritt 50 und für Erwerbslose gegen Ausweis 30 Pfg.

Alles Nähere im Anzeigenteil der Freitag-Ausgabe.

Branntweinpreis-Senkung

Der jetzt dem Reichstag zugegangene Bericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Bilanz der Spiritusmonopolverwaltung für das Geschäftsjahr 1929/30 kommt zu dem Ergebnis, daß infolge des sehr erheblichen Absatzrückganges die hohen Branntweinbestände der Reichsmonopolverwaltung auch in diesem Jahr nicht annähernd auf das noch ertragbare Maß herabgesetzt werden könnten. Es müsse deshalb eine Senkung der Verkaufspreise erwogen werden, wodurch auch der Schmuggel und die Schwarzbrennerei eingedämmt werden könnten. Der auffallende Absatzrückgang könne nicht allein durch die ungünstige wirtschaftliche Lage und die Mäßigkeitsbewegung erklärt werden, sondern zweifellos hätten auch die hohen Preise dazu beigetragen, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Trinkbranntweins mit den billigen ausländischen Südweinen zu schwächen.

Der Aushang der Preisverzeichnisse

Mit dem 1. Januar sind die Bestimmungen über die Verpflichtung der Bäcker, Metzger und Friseure zum Ausgang von Preisverzeichnissen in ihren Geschäften in Kraft getreten. Die Beteiligten tun gut, wenn sie die Bestimmungen genauestens beachten. Nur so schützen sie sich vor unliebsamen Auseinandersetzungen mit den Behörden.

Preisschilder und Preisverzeichnisse aushängen!

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem gemeinsamen Runderlaß des Ministers für Handel und Gewerbe und des Innenministers an alle Polizeibehörden entnimmt, ersuchen die beiden Minister im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister, der Durchführung der Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über Preisschilder und Preisverzeichnisse vom 17. Dezember 1931 besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Im Falle eines Zuwiderhandelns gegen die Vorschriften der genannten Verordnung werden die Polizeibehörden angewiesen, im Wege der polizeilichen Verfügung unter Androhung der im Polizeiverwaltungsgesetz vom 1. Juni 1931 aufgeführten Zwangsmittel für die Durchführung Sorge zu tragen. Dem Reichskommissar für Preisüberwachung ist durch die Hand des Regierungspräsidenten Bericht zu erstatten, wenn infolge hartnäckiger und böswilliger Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Verordnung die Untersagung der Fortführung von Betrieben oder die Schließung von Betriebs- und Geschäftsräumen angezeigt erscheint.

Die nächste Fremdenvorstellung

für unsere Ortsgruppe der Kölner Vereinigung auswärtiger Opernfreunde findet am 17. Januar 1932 statt. Zur Aufführung gelangt „Rigoletto" von Verdi. Die Karten können in der bekannten Geschäftsstelle der Vereinigung bis zum 14. Januar gekauft werden.

Beiträge werden angefordert

Im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe wird darauf hingewiesen, daß in den nächsten Tagen mit dem Einziehen der Beiträge zur Provinzialfeuerversicherungsanstalt begonnen wird. Der Geschäftsführer Willi Mebus wohnt jetzt Hauptstraße 86.

Generelle Einfuhrverbote in Polen

Die Auskunftsstelle der Solinger Industrie- und Handelskammer teilt mit:

Während bisher bereits eine sehr große Anzahl von Fertigerzeugnissen der deutschen Industrie nach Polen nur gegen besondere Einfuhrbewilligung eingeführt werden konnte, hat der polnische Ministerrat unter dem 29. Dezember 1931 verordnet, daß auch die in einer besonderen Liste genannten Waren bei der Einfuhr aus allen Ländern nach Polen einem Ausfuhrverbot unterliegen. Ausnahmen von diesem Verbote, d. h. also Einfuhrbewilligungen, können mit Genehmigung des Ministeriums für Industrie und Handel erteilt werden. Diese Verordnung ist am 1. Januar 1932 in Kraft getreten und soll ein Jahr Gültigkeit haben.

Aus der Gemeinde Odenthal

Waffenanmeldung im Regierungsbezirk Köln

Nach den Ereignissen der letzten Monate und insbesondere der letzten Tage steht leider fest, daß die von radikaler Seite geschürte politische Erregung noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Es ist damit zu rechnen, daß auch in Zukunft politische Fanatiker die Richtigkeit ihrer parteipolitischen Meinung mit der Waffe in der Hand zu beweisen suchen werden.

Um solchen etwaigen Ereignissen die Spitze abzubrechen, hat der Regierungspräsident auf Grund der vierten Notverordnung verfügt, daß Schußwaffen und Munition unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 31. Januar 1932 den Ortspolizeibehörden anzumelden sind. Verstöße gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Die näheren Bestimmungen enthält die im Amtsblatt der Regierung Köln veröffentlichte Verfügung.

Verbot kommunistischer Versammlungen

Der Kölner Regierungspräsident hat, wie wir gestern bereits mitteilten, die Polizeibehörden angewiesen, Versammlungen der KPD und ihrer Unter- und Nebenorganisationen, insbesondere des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, des Kampfbundes gegen den Faschismus und der RGO (Rote Gewerkschafts-Opposition), bis auf weiteres zu verbieten.

Begründet wird das Verbot damit, daß die Kommunistische Partei und ihre Unterorganisationen in den letzten Tagen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gröblich gestört hätten in der Weise, daß sie versuchten, durch Sabotageakte die Herstellung von Gütern und den Verkehr lahm zu legen, was für einen großen Teil der Bevölkerung neue Lasten und Entbehrungen zur Folge gehabt hätte.

Entscheidung über den Akkordüberverdienst

Der Schlichter Prof. Brahm, Dortmund, hatte sich bei dem Schiedsspruch über die Senkung der Löhne in der Metallindustrie des unteren Kreises eine Entscheidung über eine Herabsetzung des Akkordüberverdienstes vorbehalten. Sie ist nunmehr gefallen. Der Akkordüberverdienst betrug bisher 18 Prozent. Der Arbeitgeberverband hatte die Herabsetzung auf 10 Prozent beantragt. Der Schlichter hat ihn nunmehr auf 15 Prozent festgesetzt.

Vom Schützenverein „Bergisch-Land"

Am vergangenen Samstag hielt der Schützenverein „Bergisch-Land" seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Trotz des schlechten Wirtschaftsjahres konnte der Verein noch auf ein gutes Schützenjahr zurückblicken. Der Versammlungsbesuch war gut und die Kassenverhältnisse gesund. Die Mitgliederzahl ist die gleiche wie im vorigen Jahr. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Voll Stolz konnte der Verein auf seine Veranstaltungen im Jahre 1931 zurückblicken; besonders auf das 4. Bundesfest der Schützenvereine von Leverkusen und Umgegend, welches der Verein an den Pfingsttagen feierte, bildet ein würdiges Eichenblatt in der Vereinsgeschichte.

Für das Jahr 1932 wurden folgende Veranstaltungen von der Versammlung festgelegt: 7. Februar Fastnachts-Sonntag Maskenball, 28. März Oster-Montag Eröffnungsschießen, 15. und 16. Mai (Pfingsten) Schützenfest, 13. Oktober Schlußschießen.

Hoffentlich nehmen auch die Veranstaltungen im Jahre 1932 für den Verein einen guten Verlauf.

Hieb- und Stoßwaffen

Die Industrie- und Handelskammer zu Solingen macht darauf aufmerksam, daß die nach der 4. Notverordnung notwendige Genehmigung zur gewerbsmäßigen Herstellung und Veräußerung von Hieb- und Stoßwaffen bis zum 9. Januar 1932 beim Staatlichen Polizeiamt Solingen, Wilhelmstr. 43/45, eingeholt werden muß. Die Kammer steht den Bezirksfirmen zu weiteren Auskünften zur Verfügung.

Abgabe von Sonntagsfahrkarten zum 6 Tage-Rennen in Dortmund

Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal mitteilt, werden von den Fahrkartenausgaben im Bezirk der Reichsbahndirektion Wuppertal, bei denen Sonntagsrückfahrkarten nach Dortmund aufliegen, aus Anlaß des 6 Tage-Rennens vom 8.—14. Januar an allen Tagen Sonntagsrückfahrkarten nach Dortmund an die Reisenden verkauft, die im Besitz von Eintrittskarten oder von Ausweiskarten für die Westfalenhalle sind. Am 9. und 10. Januar wird auf die Vorlage der Eintrittskarten verzichtet. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten, mit Ausnahme der für den 9. und 10. Januar gelösten Karten, 24 Stunden und zwar von 12 Uhr bis zum folgenden Tage 12 Uhr. Bis zu dieser Stunde muß die Rückreise angetreten sein.

Die Rheindampfer werden billiger

Die Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft nimmt am 25. März (Karfreitag) die Dampfschiffahrten auf dem Rhein auf, die am 19. Oktober dann wieder eingestellt werden. Für 1932 hat die Gesellschaft neue Tarifermäßigungen eingeführt. Die verbilligte Fahrt und die Personenfahrt werden zur „Einheitsfahrt" zusammengefaßt.

Die neuen Fahrpreise betragen in der Einheitsfahrt 4,8 Pfg., in der Schnell- und Expreßfahrt 6,8 Pfg. je Tarifkilometer. Der Expreßfahrtzuschlag ist auf 1 Mark für einfache, auf 2 Mark für Rückfahrscheine ermäßigt. Bei Lösung von Rückfahrscheinen ermäßigt sich der Fahrpreis für die Rückfahrt um ein Drittel. Für Fahrkarten in Einheitsfahrt bis zu einer Entfernung von 75 km werden billige Tageskarten zur Hin- und Rückfahrt ausgegeben, deren Preis sich für die Rückfahrt um 60 Prozent ermäßigt. Weiter werden u. a. Fahrpreisermäßigungen für Kinder gewährt.

Der Milchverkauf ab 1. Januar konzessionspflichtig

Die Bestimmungen des Milchgesetzes

Wer ein Unternehmen zur Abgabe von Milch betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubnis. Dies gilt auch für Unternehmen, die zur Zeit des Inkrafttretens des Milchgesetzes bestehen, auch wenn sie schon auf Grund früherer Vorschriften eine Erlaubnis erhalten haben. Wer sein Unternehmen bereits vor dem 8. August 1930 betrieben hat, ist lediglich von dem Nachweis befreit, eine bestimmte Mindestmenge in den Verkehr bringen zu können. Der Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes, der in seinem Betrieb gewonnene Milch außerhalb der landwirtschaftlichen Betriebsstätte unmittelbar an den Verbraucher abgibt, bedarf gleichfalls einer Erlaubnis, ist aber von dem Nachweis, eine bestimmte Mindestmenge in den Verkehr bringen zu können, befreit. Die Inhaber von erlaubnispflichtigen Unternehmen, die am 1. Januar 1932 bereits bestehen, gelten bis zum 1. März 1932 als widerruflich zugelassen.

Die Inhaber solcher Unternehmen müssen Anträge auf Erteilung der Erlaubnis bis zum 6. April 1932 bei den zuständigen Erlaubnisbehörden gestellt haben. Es erlischt die widerrufliche Zulassung erst mit der endgültigen Entscheidung über diesen Antrag.

Zinserleichterungen für Neubauten

Der preußische Finanzminister hat kürzlich bestimmt, daß die Zinsen für Hauszinssteuer-Hypotheken vom Beginn des Rechnungsjahres 1931 ab schon auf 2 oder sogar 1 Prozent ermäßigt werden können von dem 1. April oder von dem 1. Oktober ab, der auf die Fertigstellung des Hauses folgte. Die Vergünstigung ist besonders wichtig für die Neubauten, die schon bezogen wurden, bevor die Hauszinssteuer-Hypotheken ganz ausgezahlt waren; denn bisher konnte die Ermäßigung erst eintreten von dem 1. April oder 1. Oktober ab, der auf den Tag der Schlußzahlung folgte, also wesentlich später. Anträge sind an die Stelle zu richten, die die Hypothek bewilligt hat.

In der heutigen Zeit die größte Leistung und die sicherste Geldanlage

Es wird uns geschrieben:

Trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise hat in diesen Tagen die Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg/Württ. wieder 3,8 Millionen Reichsmark an 315 deutsche und österreichische Bausparer zugeteilt, im verflossenen Jahr zusammen über 23,3 Millionen. Damit hat diese größte und erfolgreichste deutsche Bausparkasse seit 1924 bis heute über 12 294 Eigenheime mit insgesamt 183 Millionen Reichsmark finanziert.

Die durch die Gemeinschaft der Freunde bereitgestellten Mittel fließen schnellstens der Bauwirtschaft zu, die bekanntlich als Schlüsselgewerbe jedem 8. deutschen Arbeiter Brot gibt. Für den Sparer bietet sich in der heutigen Krisenzeit keine bessere, keine sichere Geldanlage als die auf erststellige Goldhypotheken, die sich auf die vielen tausend GdF-Eigenheime verteilen.

Ferienordnung 1932-33

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die Ferien für das Schuljahr 1932/33 für die Orte mit höheren Schulen in der Rheinprovinz für alle Schulgattungen allgemein bildender Art wie folgt festgesetzt:

Ostern: 16 Ferientage; Schluß des Unterrichts Dienstag, den 22. März; Beginn des Unterrichts Freitag, den 8. April.

Pfingsten: 11 Ferientage; Schluß des Unterrichts Donnerstag, den 12. Mai; Beginn des Unterrichts Dienstag, den 24. Mai.

Sommer: 40 Ferientage; Schluß des Unterrichts Mittwoch, den 27. Juli; Beginn des Unterrichts Dienstag, den 6. September.

Weihnachten: 18 Ferientage; Schluß des Unterrichts Freitag, den 23. Dezember; Beginn des Unterrichts Mittwoch, den 11. Januar 1933.

Zusammen 85 Ferientage.

Schluß des Schuljahres 1932: Dienstag, den 4. April. 1933.

Der Tote am Dündamm

Leverkusen, 7. Jan. Die Polizei berichtet über den Obduktionsfund der am Dienstag früh auf dem Dündamm aufgefundenen Leiche des Arbeiters Gerhard Lorscheid, daß nach Ansicht von Professor Berg-Düsseldorf, der die Leichenöffnung gestern früh vorgenommen hat, unzweifelhaft Selbstmord vorliege. Die Lage der Schüsse bestätige diese Annahme durchaus.

Keine Bahnarbeiten in diesem Jahr

Langenfeld, 7. Jan. In der letzten Zeit verdichteten sich hier wieder die Gerüchte, daß mit der Aufnahme der umfangreichen Reichsbahnarbeiten in Langenfeld in nächster Zeit bestimmt zu rechnen sei. In Wirklichkeit verhält sich die Sache jedoch ganz anders. Aus amtlicher Quelle können wir berichten, daß die Arbeiten vorläufig zurückgestellt sind und zwar jedenfalls auf Jahre hinaus. Die einzige größere Arbeit an der Strecke Langenfeld — Benrath, die noch in diesem Jahre begonnen wird, ist der Bau einer großen Straßenunterführung in Garath.

Aus Westdeutschland

Neujahrsbesuch rettet das Leben

Wuppertal, 7. Jan. Einem seltsamen Zufall hat, wie erst jetzt bekannt wird, ein Invalide in Vohwinkel sein Leben zu verdanken. Der alte Mann, der allein lebt, erlitt am Neujahrstag in seiner Wohnung einen Schwächeanfall. Er stürzte besinnungslos zusammen, riß aber im Fallen den Hahn an der Leitung des Gaskochers auf. Als nachmittags die Tochter ihren Neujahrsbesuch machen wollte, fand sie den Vater gasvergiftet und leblos in der Wohnung vor. Durch sofort aufgenommene Wiederbelebungsversuche wurde der Mann ins Leben zurückgerufen.

Eine 1200jährige Kirche

Siegen, 7. Jan. In dem kleinen Orte Raumland am Ederfluß im Siegerland (Westfalen) wurde an der dortigen alten Kirche ein dem Mauerwerk eingefügter Sandstein mit der Jahreszahl 732 entdeckt. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß die Kirche im Jahre 732 von Bonifatius erbaut wurde, so daß also die Gemeinde in diesem Jahre das 1200jährige Bestehen der Kirche feiern kann.

Schreckliche Verbrennung eines fünfjährigen Mädchens

Adenau, 7. Jan. In einer Schmiede im Dorfe Watzel kam ein fünfjähriges Mädchen einem glühenden Wagenreifen zu nahe. Die Kleider des Kindes gerieten in Brand. Ehe Hilfe zur Stelle war, erlitt das Mädchen so schreckliche Brandwunden, daß es hoffnungslos darniederliegt.

Kampf gegen den hohen Straßenbahntarif.

Velbert, 6. Jan. Die Verkehrsvereine von Velbert, Langenberg und Heiligenhaus haben den Kampf gegen den hohen Fahrpreis bei den Bergischen Kleinbahnen aufgenommen. In gemeinsamem Vorgehen soll versucht werden, die Fahrpreise den heutigen Verhältnissen anzupassen. Auch die fünf Velberter Bürgervereine wollen einen gleichen Schritt unternehmen.

Lokomotive stürzt einen Damm hinunter.

Wuppertal, 6. Jan. Einen 10 Meter hohen Damm stürzte eine Rangierlokomotive in den Kalkwerken bei Wülfrath herab, da der Boden des Dammes so aufgeweicht war, daß die Maschine von den nachgebenden Schienen abrutschte. Der Maschinist konnte sich durch Abspringen retten.

Entlassungen bei der Schiffswerft Berninghaus.

Duisburg, 6. Jan. Infolge des starken Rückganges an Aufträgen sieht sich die Schiffswerft Berninghaus gezwungen, 80 Arbeiter zu entlassen.

Oberregierungsrat Tapolski zum Landrat gewählt.

Düsseldorf, 6. Jan. In einer Sitzung befaßte sich der Kreistag des Landkreises Düsseldorf-Mettmann mit der Besetzung des Landratspostens. Oberregierungsrat Tapolski wurde mit 19 gegen 6 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen zum Landrat des Kreises Düsseldorf-Mettmann gewählt. Für Tapolski stimmten Zentrum und bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, dagegen Kommunisten, während sich die SPD., SAP. und NSDAP. der Stimme enthielten. Durch Zuruf wurde Landrat Tapolski dann noch zum Mitglied der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk gewählt.

Die Kreditgewährung der Sparkassen

Eine scharfe Anweisung durch das Reichsbank-Direktorium

Das Reichsbank-Direktorium ist anläßlich der von Reichsbankbeamten vorgenommenen Sparkassen-Revisionen bei einzelnen Sparkassen auf widersprechende Auffassung gestoßen über die Möglichkeit und Zulässigkeit neuer Aktivgeschäfte (Kreditgeschäfte) der Sparkassen usw. mit Kommunen und Privaten. Aus diesen Gründen werden die Sparkassen dringend darauf hingewiesen, daß die von der Reichsbank über die Akzept- und Garantiebank zur Verfügung gestellten Kreditmittel unter keinen Umständen zur Gewährung weiterer, auch vor dem 5. August 1931 bereits zugesicherter Kommunalkredite oder auch nur zur Gewährung von neuen Privatkrediten irgendwelcher Art, einschließlich Hypotheken, verwendet werden dürfen.

Die Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs der Spar- und Girokassen hat die Reichsbank stark belastet. Deswegen kann sie es auf keinen Fall zulassen, wenn Spar- und Girokassen, welche die Kredithilfe der Reichsbank in Anspruch genommen haben, ihre so gesicherte Zahlungsbereitschaft zu irgendwelchen neuen Kreditauszahlungen an Private oder Kommunen ausnutzen.

Die Verpflichtung, die von der Reichsbank bereitgestellten Kreditmittel ausschließlich zu Zahlungszwecken von Spar- und Giroeinlagen zu verwenden, müssen genauestens innegehalten werden. Wenn die Sparkassen von dieser Verpflichtung abweichen, setzen sie sich der Gefahr aus, daß die Reichsbank sofort den den Kassen gewährten Akzeptkredit zurückzieht.

Das Neueste

Der französische Kriegsminister Maginot ist in der vergangenen Nacht im Alter von 55 Jahren gestorben.

Angesichts des Todes Maginots und des Gesundheitszustandes Briands, der voraussichtlich an der Lausanner Konferenz nicht wird teilnehmen können, sprechen die Blätter von der Möglichkeit einer Umbildung des französischen Kabinetts.

In französischen Kreisen rechnet man mit dem Beginn der Lausanner Konferenz am 20. Januar.

Aus London wird amtlich dementiert, daß über die Tribute eine Vereinbarung zwischen England und Amerika, bezw. zwischen England und Frankreich zustandegekommen sei.

Die britischen Zechenbesitzer haben beschlossen, zu der am Montag in Genf beginnenden internationalen Kohlenkonferenz keine Vertreter zu entsenden, weil die Politik mehrerer europäischer Länder die internationale Lage des Kohlenhandels verschlimmert habe.

Die britische atlantische Flotte, die gestern zu ihren Frühjahrsmanövern auslaufen sollte, mußte wegen des schweren Sturmes im Hafen bleiben.

Sir Henry Strakosch, ein Mitglied des Finanzausschusses des Völkerbundes, erklärt in einer Veröffentlichung, daß die Tribute, Kriegsschulden und Goldzahlungen die Ursache der Weltkrise seien.

Die englischen Blätter sind einmütig der Ansicht, daß das energische Vorgehen des Vizekönigs gegen den indischen Kongreß erfolgreich gewesen ist. Man glaubt, daß die gemäßigtere Richtung in Indien in den Vordergrund treten wird.

Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen erklärte, dadurch, daß Deutschland und seine Kriegsverbündete entwaffnet, aber von anderen Völkern umgeben seien, die nicht abgerüstet hätten, sei in der ganzen Welt Unsicherheit entstanden. Energische Schritte seien nötig, um den ursprünglichen Plan der Weltabrüstung durchzuführen. Nach einem Pressekommentar beziehen sich die Anspielungen auf Frankreich und Polen.

In Indien wurden die Verhaftungen von Kongreßführern fortgesetzt. Bei den Dienstag-Unruhen in Benares wurden 2 Menschen getötet und 100 verletzt, davon 40 schwer.

In der Nähe der Stadt Parana in Argentinien kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Aufständischen und Polizei. Bisher sind 4 Tote zu beklagen.

Das Wetter von heute und morgen

Unbeständiger Witterungscharakter mit einzelnen Schauern und langsam weiter sinkenden Temperaturen, abflauende, aber noch böige westliche Winde.

Die neuen Postgebühren - Wertzeichenumtausch

Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt mit: Vom 15. Januar beträgt die Gebühr für Fernpostkarten 6 Rpf. Bis neue Karten zu 6 Rpf. hergestellt sind, verkauft die Post vom 15. Januar an die bisherigen Karten mit dem 8 Rpf.-Stempel zu 6 Rpf. Wer seinen Vorrat von Karten zu 8 Rpf. bis zum 14. Januar nicht aufbrauchen kann, erhält vor dem 15. Januar auf Wunsch für jede unverdorbene Karte Wertzeichen im Betrage von 8 Rpf. Vom 15. Januar an werden nur noch verdorbene Karten gegen Wertzeichen im Betrage von 6 Rpf. und gegen Zahlung einer Gebühr von 1 Rpf. für das Stück umgetauscht.

Protest der Landwirte gegen die RWE.-Strompreise.

Wuppertal, 6. Jan.

In einer landwirtschaftlichen Versammlung in Wülfrath wurden die hohen Tarife des RWE. für den der Landwirtschaft zu liefernden Kraftstrom nachdrücklichst kritisiert und einmütig beschlossen, mit den übrigen landwirtschaftlichen Organisationen in Verbindung zu treten, um ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Tarife zu ermöglichen. Sollte das Ersuchen am Widerstand des RWE. scheitern, so ist ein Proteststreik der Landwirtschaft derart in Aussicht genommen, daß die Landwirte für eine Zeitlang auf den Gebrauch der elektrischen Einrichtungen verzichten und gegebenenfalls außerdem durch Ausnutzung der örtlichen Wasserkräfte eine eigene Stromerzeugung schaffen.

Die Amerikaspenden für Mainz.

Mainz, 7. Jan. Der Freude über die Millionenstiftung für die Mainzer Welt-Goethe-Ausgabe ist eine bittere Enttäuschung gefolgt. Es wird jetzt bekannt, daß die beiden amerikanischen Institute, die Carnegiestiftung und die Columbia-Universität, nicht 500 000 Mark, sondern je 5000 Mark für die geplante Goetheausgabe gestiftet haben.

Den eigenen Bruder erschossen.

Brilon, 6. Jan. Die beiden Brüder Bernhard und Wilhelm Ester aus Wülfte gerieten in einer Wirtschaft in Streit, der sich zu Hause fortsetzte. Wilhelm Ester bedrohte hier seinen Bruder mit einem Messer, worauf dieser eine Pistole auf seinen Gegner abschoß. Schwerverletzt wurde der Angeschossene dem Krankenhaus zugeführt, wo er am Tage darauf starb.

Aufklärung des Herner Bankraubes.

Recklinghausen, 6. Jan. Die drei Räuber, die in der Commerz- und Privatbank in Herne 1700 Mark raubten, sind ermittelt. Recklinghausener Kriminalbeamte begaben sich zu den Bankangestellten, die an Hand der vorgelegten Lichtbilder die Täter einwandfrei erkannten.

Politischer Zusammenstoß.

Duisburg, 6. Jan. Auf der Lösertstraße kam es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Nationalsozialist erhielt einen Lungenstich und ein anderer Kopfverletzungen. Die angeblichen Täter konnten festgenommen werden.

Der gefährliche Fischreiher.

Heinsberg, 6. Jan. In den Wiesen bei Rathheim fanden spielende Kinder einen flügellahm geschossenen Fischreiher. Beim Einfangen biß der Reiher einen 11jährigen Jungen derart ins Auge, daß mit dem Verlust desselben zu rechnen ist.



Die Brandkatastrophe in Bad Salzig

In Bad Salzig, nahe Boppard am Rhein, brach ein Brand aus, der sich infolge des herrschenden Sturmes rasch ausbreitete und vier große Wohnhäuser und die dazu gehörigen Nebengebäude in Asche legte. Die gesamte Habe der Bewohner ist mitverbrannt. Unser Bild zeigt die Feuerwehr bei den Lösch- und Aufräumungsarbeiten, während die obdachlos gewordenen Bewohner zusehen.

Das Fest der Drei Könige

Köln, 7. Jan.

Das Fest der Heiligen Dreikönige, eines der ältesten Feste der Katholischen Kirche, wurde wie alljährlich im hohen Dome zu Köln in besonders feierlicher Weise begangen. Tausende und aber Tausende von Gläubigen wallfahrteten zum Dreikönigenaltar im Dom, wo der kostbare Schrein mit den Gebeinen der Heiligen Dreikönige im Mittelpunkt der Verehrung stand.

Bereits am Vorabend leitete das feierliche Glockengeläute des Domes den Tag des hohen Festes ein. Ueber dem Hochaltar im Dom strahlten die drei Namenszeichen der drei Könige aus dem Morgenlande C M B, Caspar, Melchior und Balthajar. Mit einem feierlichen Pontifikalamt wurde der Bedeutung des Festtages besonderer Ausdruck verliehen. An ihm nahmen seine Eminenz der Kardinalerzbischof und das gesamte Domkapitel im Festornat teil. Der Dom-Chor sang die fünfstimmige Messe „Es ist ein Ros entsprungen" von Dr. Wilhelm Kurthen und als Offertorium das sechsstimmige „Reges Tarsis".

Einer feierlichen Vesper am Nachmittag folgte eine feierliche Complet. Nach dem sakramentalen Segen zogen die Gläubigen in großer Prozession zum Dreikönigenaltar, wo nach den Gesängen des Dom-Chors der Kardinal-Erzbischof den feierlichen Pontifikalsegen gab.

Dortmunds Finanznot

Der Druck der Wohlfahrtslasten.

Dortmund, 7. Jan.

Der Dortmunder Bürgermeister Hirsch hat sich mit dem Finanzdezernenten, Stadtrat Dr. Kaiser und dem Stadtverordnetenvorsteher Henßler nach Berlin begeben, um mit den zuständigen Stellen über Maßnahmen zur Behebung der Finanznot der Stadt Dortmund zu beraten. Vor allem soll versucht werden, die drohende

Gefahr weiterer Zechenstillegungen,

die der Stadt neue Lasten auferlegen würden, abzuwenden. Den städtischen Beamten konnte am zweiten Januar erst ein Sechstel des fälligen Monatsgehalts ausgezahlt werden. Wann das zweite Sechstel zur Auszahlung gelangt, ist noch ungewiß. Die bedrängte Finanzlage der Stadt ist vor allem auf die starke

Steigerung der Wohlfahrtsunterstützten

zurückzuführen. In den letzten Tagen sind der Stadt von der Regierung insgesamt 500 000 Mark überwiesen worden, die aber noch nicht einmal zur Deckung der allernotwendigsten Ausgaben ausreichen. Der Gesamtbedarf für den Monat Januar beträgt rund 6 Millionen Mark gegenüber einem voraussichtlichen Eingang von 2.6 Millionen Mark.

Kein Strauß mehr mit Strauß

„Die schöne blaue Donau" vollständig gratis.

Um Johann Strauß, den „Fledermaus"-Strauß und Walzerkönig, waren in den letzten Jahren scharfe Kämpfe entbrannt, um ihn und um seinen nicht minder berühmten Operettenlandsmann Karl Millöcker, der den „Bettelstudent" geschaffen hat. Beide Werke hätten ordnungsgemäß schon am 1. Januar 1929 frei werden müssen, so daß jeder, der Lust und Neigung dazu verspürte, sie unentgeltlich hätte aufführen, vertonfilmen, verjazzen und durch den Rundfunk drehen können. Da machten aber die Oesterreicher rasch ein Gesetz, das die Schutzfrist für die Strauß-Millöcker um vorläufig zwei Jahre verlängerte, wie man es einst bei uns mit den Werken Richard Wagners hatte machen wollen. Durch dieses Prolongationsgesetz sollten vor allem der Witwe des Walzerkönigs, die erst vor kurzem gestorben ist, die schönen Tantiemen erhalten bleiben.

Am 1. Januar 1932 waren auch die zwei verlängerten Schutzjahre abgelaufen, und es handelte sich darum, ob eine neue Verlängerung ausgesprochen werden sollte. Zwischen Weihnachten und Neujahr, einen Tag vor Silvester, hatte der Oesterreichische Nationalrat hierüber Beschluß zu fassen. Obwohl man wegen des bevorstehenden Silvesters in gehobener tänzerischer Stimmung war, sprach sich mit den Ministern und auf den Rat der Minister die ausschlaggebende Christlichsoziale Partei gegen die Verlängerung der Schutzfrist aus, mit der Begründung, daß das Deutsche Reich, auf das es sehr ankomme, nicht mitmachen würde. Die bäuerlichen Nationalräte schienen anfangs geneigt zu sein, für die Verlängerung zu stimmen; als man ihnen aber klarmachte, daß dann für ihre bäuerliche Bevölkerung das Walzer- und Ländlertanzen wesentlich verteuert werden könnte, schwenkten sie rasch in die Front der Verlängerungsgegner ein. So ist es also jetzt so, daß jeder mit der „Blauen Donau", mit den „Geschichten aus dem Wiener Wald", mit dem „Gasparone" und mit anderen schönen Sachen von Strauß und Millöcker machen kann, was er will, was zwar recht und billig, aber an sich ein furchtbares Unglück ist, wenn man sich vor Augen hält, wie gerade in der letzten Zeit sogenannte „Bearbeiter" vorzügliche Werke berühmter Meister verhunzt und verschandelt haben, um sie zu „modernisieren".

Notar Bohn hat 100 000 Mark unterschlagen.

Mainz, 6. Jan.

Die Ermittlungen über den inhaftierten Notar Bohn sind zu Ende geführt. Es hat sich herausgestellt, daß die Summe der unterschlagenen Gelder bei weitem höher ist, als angenommen wurde. Sie beträgt etwa 100 000 Mark. In den nächsten Tagen wird der Staatsanwalt die Angelegenheit den ordentlichen Gerichten übergeben.

Die Preisbindungen für Zeitschriften.

Berlin, 7. Jan.

Auf Grund der vierten Notverordnung vom 8. Dez. 1931 hat der Reichswirtschaftsminister durch einen Zwischenbescheid für die Zeit bis 31. Januar 1932 die Aufrechterhaltung der Preisbindungen für Zeitschriften unter Zugrundelegung ihres bisherigen Preises bewilligt.

Süddeutschland schlägt Budapest 5:0.

In Stuttgart feierte die süddeutsche repräsentative Fußballvertretung einen schönen Sieg. Die Budapester Stadtmannschaft, die in stärkster Besetzung antrat, wurde 5:0 geschlagen. Die Ungarn zeigten zwar das geschliffenere und glänzendere Spiel, mußten sich aber der nüchterneren, weitaus durchschlagskräftigeren und daher auch erfolgreicheren Arbeit der Süddeutschen glatt beugen.

Sportallerlei.

In der vorigen Woche wurde gegen den Kölner Mannschaftsfahrer Frankenstein vom Sportausschuß des BDR. eine dreimonatige Sperre verhängt, da er bekanntlich im letzten Kölner Sechstagerennen eine kleine „Schlacht" eingeleitet hatte. Frankenstein ist durch diese Strafe schwer geschädigt worden; denn er hat Verträge für die Sechstagerennen in Newyork und Chikago unterzeichnet, die er natürlich, sollte der Sportausschuß auf seinem Beschluß bestehen bleiben, nicht erfüllen kann. Der BDR. wird sich nun mit dem „Fall Frankenstein" erneut beschäftigen.

Der deutsche Vorweltmeister im Schwergewicht, Max Schmeling, ist wieder in Newyork eingetroffen. Zu seiner Begrüßung hatten sich außer Joe Jacobs und Vertretern des Madison Square Gardens auch der deutsche Konsul Schwarz eingefunden. Schmeling äußerte über seine nächsten Kämpfe, daß er bestimmt hoffe, im Februar gegen Micky Walker in Miami Beach boxen zu können und im Juni gegen Jack Dempsey. Bereits am Donnerstag werde er seine Schaukampfreise durch vier amerikanische Städte antreten.

Tilden ist mit seiner Truppe, die sich durch die deutschen Berufstennisspieler Nüßlein und Najuch jetzt etwas vergrößert hat, wieder in den USA. eingetroffen. Am Montagabend begann bereits sein „neues" Weltmeisterschaftsturnier, zu dem im Madison Square Garden eine ansehnliche Zuschauermenge erschienen war. Ergebnisse: Richards schlug Hunter 6:3, 6:4 und Tilden schlug Burke 6:3, 6:2.

Der Deutsche Fußball-Bund hat in Berlin, Brückenallee am Bahnhof Bellevue ein Haus gekauft, das einen Wert von 180 000 Reichsmark aufweist. Wie es heißt, ist der Vertrag noch nicht unterzeichnet, da die Unterschrift von zwei weiteren Vorstandsmitgliedern fehlt.

Einen Fußballstädtekampf Berlin—Mailand dürfte es wahrscheinlich Mitte Februar in Berlin geben, da sich die Verhandlungen mit Antwerpen zerschlagen haben.

Die ungarische Regierung faßte den Beschluß, keine Geldmittel für eine Expedition zu den olympischen Spielen in Los Angeles zur Verfügung zu stellen. Damit dürfte die Teilnahme der Ungarn mehr als fraglich geworden sein.

Der von Hertha-BSC. geplante Abstecher nach Japan im Frühjahr scheint auszufallen; denn die „Fußballwoche" bringt in ihrer letzten Nummer die Mitteilung, daß die Elf des deutschen Mannschaftsmeisters aller Voraussicht nach eine Reise nach Nordamerika unternehmen werde. Hier sollen mehrere Spiele ausgetragen werden.

Vom Büchertisch

10 000 Dollar = 42 000 Reichsmark in monatlichen Preisen

Ein interessantes Preisausschreiben veröffentlicht das soeben erschienene Januarheft der „Wahren Geschichten". Es handelt sich darum, die besten wahren Geschichten zu erhalten. An dem Preisausschreiben, das monatliche Preise in Höhe von 42 000 RM vorsieht, kann sich jeder Leser der „Wahren Geschichten" beteiligen. (Verlag Dr. Selle-Eysler AG, Berlin SW 68.) Das auch inhaltlich wieder sehr interessante Januarheft ist für 50 Pfg. überall zu haben.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Börsen Märkte Handel

Aufschwung des Molkereiwesens

Die Verteilung der Molkereibetriebe im Reich.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts und vielfach auch noch in späterer Zeit war die Milchwirtschaft nur ein wenig geachteter Zweig der Landwirtschaft. Auf den Milchertrag der Kühe legte man damals so gut wie gar keinen Wert. Das Rindvieh wurde in der Hauptsache zu Arbeitszwecken und zur Bereitung des für den Acker notwendigen Stalldunges gehalten..

Dieser für unsere heutige Auffassung fast unverständliche Zustand erfuhr erst in dem Augenblicke eine grundlegende Aenderung, als man mit dem erfolgreichen Einsetzen der Zuchtbestrebungen den großen wirtschaftlichen Wert der Milchviehhaltung erkannte. Die Folge hiervon war eine Umstellung der Wirtschaft, die in dem allmählichen Verschwinden der alten Holländereien und Gutsmeiereien ihren Ausdruck fand. An ihre Stellen traten die Molkereien, von denen man im Jahre 1880 bereits 300—400 Betriebe zählte. In der Folgezeit vermehrten sie sich dann rasch und stetig, als durch die Einführung der Zentrifuge in die Milchwirtschaft die Entwicklung des Molkereiwesens einen neuen starken Aufschwung erhielt. Bis zum Jahre 1930 wuchs die Zahl der Neugründungen bis auf mehr als 10 000 an. Ueber die Verteilung der Molkereien im Reichsgebiet befinden sich im Bericht das Enqueteausschusses nähere Angaben. Die Ergebnisse der Erhebung lassen auf den ersten Blick eine gewisse Gesetzmäßigkeit erkennen. Dort, wo viele Menschen auf engem Raum beisammenwohnen, in den Industriegebieten (Westfalen, Rheinland, Freistaat Sachsen) und im Weichbild großer Städte (Provinz Brandenburg mit Berlin) stehen weit weniger Molkereien als in den schwächer besiedelten Gegenden mit rein landwirtschaftlichem Charakter (Ostpreußen, Schleswig-Holstein und das württembergische und bayerische Allgäu). Dieser Unterschied in der Verteilung erklärt sich aus der verschiedenen Verwertung der anfallenden Milch. In den dichtbevölkerten Gebieten dient die Hauptmilchmenge dem Frischmilchverzehr, sie erfordert also nur eine verhältnismäßig einfache Behandlung, und gleichzeitig besitzen die in dieser Zone liegenden Betriebe in der Regel eine größere Aufnahmefähigkeit als die vielen kleinen ländlichen Molkereien, die vorzugsweise auf die Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse angewiesen sind und die im Interesse einer möglichst schnellen und billigen Milchanlieferung jeweils ein nicht allzu umfangreiches Erzeugergebiet erfassen können. Von dieser Regel gibt es allerdings auch einige Ausnahmen, die aber für das Ganze nur von geringer Bedeutung sind. Denn das jetzige Verteilungbild hängt neben den bereits genannten Gesichtspunkten noch von der geschichtlichen Entwicklung des Molkereiwesens, von dem Umfange der Milcherzeugung überhaupt und von der Größe der Betriebe ab.

Kölner Häute- und Fellemarkt
vom 6. Jan.

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Großviehhäute. Ochsen, Kühe, Rinder, Bullen bis 29 Pfund Klasse I —, Klasse II 0,24 bis 0,30, do von 30—49 Pfd. 0,26—0,40, 0,21—0,32, Ochsen, Kühe, Rinder von 50—69 Pfund 0,28 bis 0,44, 0,21—0,32, do. von 70 Pfd. und mehr 0,31—0,45, 0,21—0,32, Bullen von 50—79 Pfund 0,20—0,27, 0,18—0,25, do. von 80 Pfund und mehr 0,20—0,26, 0,15—0,20 Reichsmark für ein Pfund. Fresserfelle, gesalzen, je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,23—0,31, Kalbfelle, do. 0,30—0,41 für 1 Pfund Frischgewicht. Roßhäute, gesalzen, bis 219 Zentimeter lang 3—5, do. lang aufwärts 220 Zentimeter 8,50—10 Reichsmark für 1 Stück. Stimmungsbericht: Marktlage unverändert.

Kölner Ledermarkt
vom 6. Jan.

(Die Preise sind Großhandelspreise aus erster Hand und erster Sortimente. Spezialfabrikate sind nicht einbegriffen.)

Eichenlohg. Rhein. Sohlleder in Hälften 3,95—4,45, do. in Kernstücken 5,80—6,30, Zahm-Vacheleder in Hälften 2,60—3,00, do. in Kernstücken 4,40—5,25, Wild-Vacheleder in Hälften 2,30—2,80, do. in Kernstücken 3,70—4,95, Wild-Vachehälse 2,00—2,40, Wild-Vacheseiten 1,25 bis 1,65, Spalte lohgar, lissiert in Kernstücken 1,45—2,35, Blankleder in Hälften, braun 3,20 bis 4,75, Riemenlederkernstücke, kurzgeschnittene 3,80—6,20 Reichsmark für 1 Kilogramm. Vachetten, gewöhnliche Sorten 6—11,50 Reichsmark für 1 Quadratmeter effektives Maschinenmaß. Besondere Qualitätsleder in Zahm- und Wildvacheleder brachten bis 10 Prozent mehr. Stimmungsbericht: Nach der langen Zurückhaltung sind die Verbraucher gezwungen, in den Markt einzugreifen.

Der Herr von Chicago
KRIMINAL ROMAN

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER IN WERDAU

36

„Warum wollen Sie uns beiden die Angelegenheit noch unnütz erschweren? Ich habe einen Abschlußstrich gemacht, Mrs Millans Tun Sie bitte dasselbe Ich grolle Ihnen nicht."

Das junge Weib sah ihn mit zuckenden Lippen an, dann brach es in ein heftiges Schluchzen aus

George dachte in diesem Augenblick nicht darüber nach, ob es Komödie oder wahrer Schmerz war. Er wollte nicht darüber nachdenken. Er wollte zu Ende damit sein, denn — mochte ihm Heliane sagen was sie wollte — er kam niemals darüber hinweg Er wußte es, und drum war ihm die Szene nur peinlich.

Heliane aber wartete auf ein Wort von ihm

Endlich kam es, ruhig und sachlich, ohne Schärfe.

„Beenden wir diese Szene, Mrs Millans."

Sie zuckte zusammen und sah ihn voll Verzweiflung an. „Ich liebe Sie, Robert, bei meinem Herrgott, ich habe nur immer Sie im Herzen getragen Ich will an Ihrer Seite sein. Ich liebe niemand außer Ihnen. Ich weiß, daß Sie ein Recht zum Zweifeln hatten, aber es . . es war nur ein Scherz . . . ein Spiel, wie . . wie wir Frauen es alle . . alle tun, ohne ohne daß wir uns dabei etwas denken."

George trat dicht zu ihr hin.

Sie hob den Kopf und sah in sein hartes Gesicht.

„Mrs Millans," sagte George ruhig, „das Leben hat meine Augen geschärft. Sie haben gelernt zu unterscheiden. Aber ich will Ihnen heute ein Wort sagen, das Ihnen vielleicht den Frieden wiedergibt: Ich werde nach einem Jahre wieder zu Ihnen kommen, und dann wird Klarheit sein, bestimmt Klarheit! Das können Sie mir glauben. Heute umgibt uns noch so viel Ungeklärtes. Geheimnisse lasten auf dem Hause Mac Millans. Ich will reinen Tisch machen In einem Jahre . . ."

„Dann hast du mich vergessen!" weinte sie auf.

„Das weiß ich nicht!" sagte er schroff. „Das wird nicht an mir liegen Jetzt lassen Sie mich weiterarbeiten an meiner Aufgabe."

Heliane ging still und traurig hinaus.

Nach einer Weile kam Jörns

Er war sehr ernst. Das Schluchzen des schönen jungen Weibes lag noch in seinem Ohr

Wenn man die beiden Männer nun zusammensah, konnte man sie in ihrer großen Aehnlichkeit für Zwillingsbrüder halten Jörns hatte es kaum noch nötig, große Maske zu machen. Nur die Stimme mußte er entsprechend verstellen, und das eben gelang ihm so wunderbar.

Jörns sah, wie hart und steinern Georges Züge waren. Litt der Mann, oder ging er in brutaler Weise über des Weibes Schmerz hinweg?

„Mr. Jörns," sagte George ernst, „ich bitte Sie, meine Maske anzulegen. Sie sollen jetzt Ihr Meisterstück leisten. Sie werden mich vierzehn Tage lang vertreten und die Dispositionen treffen, die jeweils nötig sind. Sie haben viel, viel gelernt in den Monaten, die Sie bei mir sind Bebberley und Papers werden Sie unterstützen Ihre Wohnung ist also die ganze nächste Zeit in meinem Hause in Mac Millans Werken Von morgen ab werde ich untertauchen"

„Was haben Sie vor, Mr. George?"

„Ich will Silver suchen," sagte George ruhig, fast gleichgültig

„Mr. George," sagte Jörns betroffen, „dann sehe ich Sie nicht wieder Sie gehen in den Tod."

„Ich habe nie Angst vor ihm gehabt, Jörns. Machen Sie Ihre Sache gut."

Er wollte noch weitersprechen, doch Mr. Towler wurde ihm gemeldet.

Jörns verließ das Zimmer und ließ Mr. Towler eintreten

Dessen Gesicht war verändert. Tiefe Erregung belebte es. Das erkannte George sofort.

„Sie haben die Willington-Werke gekauft, Mr. George?"

„Ja." entgegnete George kurz auf die formlose Einleitung.

„Es ist nicht fair, Mr George, daß Sie mir dazwischenkommen Ich hatte mit Willington abgeschlossen"

„Das kann nicht stimmen, Mr. Willington kam zu mir und bot mir seine Werke an. Er wollte nicht an Sie verkaufen, Mr Towler."

„Er . wollte nicht an mich verkaufen? Ich verstehe Mr. Willington nicht."

„Mr. Towler," begann George wieder und sah den Senator an, „begegnen wir uns jetzt einmal ohne Maske. Es war doch immer Kampf zwischen Ihnen und uns anderen von der Fleischindustrie."

„Ja, der Konkurrenzkampf, der überall üblich ist. Jeder möchte an der Spitze sein"

„Ich meine nicht den ehrlichen Konkurrenzkampf, der das belebende Element des ganzen Geschäftslebens ist Nein Mr Towler, Sie sind ein gutes Stück von dem Wege des ehrlichen Kaufmannes abgewichen."

„Ich bitte Sie, Mr. George!" brauste Mr. Towler auf „Es ist so! Das Abweichen war sogar so stark, daß es Sie mit dem Gesetz in Konflikt gebracht hätte, wäre von mir und Willington ein Strafverfahren eingeleitet worden, denn schließlich müssen wir Sie als den alleinigen Chef der Firma Towler verantwortlich machen."

„Bis zu einem gewissen Grade bestimmt. Mr. George, ich habe doch bereits einmal mit Ihnen über diesen dunklen Punkt gesprochen. Ich habe sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt, so daß sich eine solche Sache nicht mehr ereignen kann"

„Die Gewähr dafür haben wir nicht, Mr. Towler," sagte George ernst. „Sie haben die Lumpen, die diese verschiedenen Sachen in Szene setzten, nicht entlassen."

Mr. Towler biß sich auf die Lippen. Er war im Augenblick um die Antwort verlegen.

George aber fuhr fort: „Sprechen wir nicht mehr über die Sache Aber nehmen Sie die Ueberzeugung mit, Mr Towler, daß wir von jetzt an keinerlei Rücksicht mehr kennen werden, denn das bin ich meinen Werken schuldig."

Mr. Towler hatte einen spöttischen Ausdruck im Gesicht.

„Mr. George," sagte er stark betont, „Sie umlauert ständig die Gefahr. Es wäre gut, wenn Sie sich jetzt zurückziehen würden, denn wenn es der Verbrecherwelt gelingt, Sie unschädlich zu machen, dann fällt das Erbe ja an Mrs. Millans."

George war erstaunt.

„Davon steht kein Passus im Testament!"

„Im Testament nicht, aber es hat sich bei dem Gericht noch ein Zusatz gefunden, der als Zusatzbestimmung verlangt, daß das Erbe an Mrs Millans fällt, wenn Sie im Kampfe gegen die Verbrecherwelt unterliegen."

„Es ist seltsam, daß ich von diesem Zusatz bisher noch keine Nachricht erhalten habe. Doch das ist ja auch gleichgültig. Sterbe ich, dann mag mit dem Gelde werden, was will Ich habe keine Angehörigen Die Verbrecherwelt arbeitet also gewissermaßen für Sie mit, Mr. Towler."

„Das möchte ich nicht behaupten, aber es könnte sein, daß Mrs Millans eher zu einem Kauf zu gewinnen wäre, als Sie, Mr. George."

Der Herr von Chicago
KRIMINAL ROMAN

VON WOLFGANG MARKEN

Bestellen Sie bei unseren Zeitungsboten oder in der Geschäftsstelle die Buchausgabe des vorzüglichen Romans

„Das kann mir dann gleichgültig sein. Mich interessiert nur der Umstand, daß also Miß Millans mich gegebenenfalls beerben muß Das ist interessant und läßt verschiedene Rückschlüsse zu."

Damit war das Thema beendet.

Mr Towler überreichte George noch den Scheck über zehntausend Dollar, die verlorene Wette

Dann verabschiedete er sich. Jörns trat wieder ein.

„Eben hat Sie ein unversöhnlicher Feind verlassen, Mr. George," sagte er

„Warum nehmen Sie das an?"

„Weil ich unter Ihnen gelernt habe, Gesichter zu beurteilen und in ihnen zu lesen. Towler haßt Sie."

„Bestimmt!" sagte George.

Dann gab er Jörns noch verschiedene Verhaltungsmaßregeln und verabschiedete sich von ihm und Papers.

Am Abend war ganz Chicago entsetzt. Eine rasende Wut entflammte die Bevölkerung, denn . . . die Kugel hatte ihren George niedergestreckt

Endlich hatte die Kugel den Mann getroffen und ihn, wie es hieß, lebensgefährlich verletzt.

Das ganze Polizeipräsidium war in Aufregung Den Mörder — es war Philippson — faßte man.

Fünf Kugeln, aus nächster Nähe abgefeuert, saßen in . . . Jörns Leibe.

Der Polizeipräsident — Jörns — wurde nach dem Krankenhaus gebracht, und man stellte fest, daß eine Kugel die rechte Lunge getroffen hatte. Die anderen Schüsse waren weniger gefährlich. Aber der Blutverlust war so groß gewesen, daß fast keine Hoffnung für das Leben Jörns bestand.

Eine maßlose Wut packte die Polizeibeamtenschaft Chicagos.

In derselben Nacht wurden Razzien über Razzien gehalten und nicht ganz ohne Erfolg

Die Bevölkerung war aufs allerstärkste erregt.

George hörte davon, als er im Eden weilte.

Die im Eden anwesenden Beamten sahen sich fragend an. Keiner verstand es, denn der Präsident weilte doch unter ihnen George schilderte ihnen die Situation und sie atmeten auf.

Georges Brust ging rasend

Er war wie ein Löwe im Käfig, ging wohl hundertmal hin und her, bis er sich beruhigte.

Dann beschloß er, Benn aufzusuchen.

Im Büro der Mac Millan-Werke.

Eine Stimme schrillt plötzlich über die Köpfe der emsig Arbeitenden durch den langen Saal: „Ein Attentat! Ein Attentat! Sie . . . sie haben ihn erschossen!"

Alles in Aufregung.

Benn, der eben mit dem ersten Buchhalter gesprochen hatte, erbebt. „Was ist geschehen?" ruft er laut dem Unglücksboten zu.

„Der Chef ist erschossen worden!" heulte Bobby, der Boy, auf, denn er war der Sprecher. „Unser George ist erschossen worden!"

Benn ist blaß geworden, der Hauptbuchhalter neben ihm nicht minder.

Benn greift zum Apparat und ruft das Präsidium an.

Die Zentrale meldet sich.

Er fragt, und das Herz erzittert ihm. Es ist Wahrheit. George ist lebensgefährlich verletzt. Er ist nach dem Krankenhause geschafft worden. Höchste Gefahr! Die Lunge verletzt! Wird kaum mit dem Leben davonkommen."

Benn ist fahl, als er den Hörer auflegt. Schon umringen ihn eine Schar der Angestellten und Büromädels Vergessen ist in diesem Augenblick der Unterschied zwischen Chef und Angestellten.

„Ist es wahr, ist es wahr, Mr. Tuller?"

Und er muß zustimmen. Nun wird es totenstill im Saal. Die Mädchen schluchzen auf. Er, der starke, der große George . . . erschossen!

Und die Meldung geht durch die Säle. Auch Susanne Lindquist hört es und bricht fast zusammen. Mit bebenden Gliedern schleppt sich das Mädchen nach dem Büro

Inzwischen ist Benn ein Mann gemeldet worden.

Aber Benn will ihn nicht sprechen. Er hat sich angekleidet und will nach dem Krankenhaus fahren

Doch der Fremde läßt nicht locker. Es sei dringend nötig.

Schließlich kommt er in das Privatkontor Benns, schließt die Tür hinter sich und legt den Finger auf den Mund

„Ich bins . . George," sagte seine Stimme heiser. „Jörns ist schwer getroffen worden"

Benn starrt ihn an. Er will sprechen, aber er kann es nicht. Es würgt in seiner Kehle.

Endlich würgt er unter Tränen hervor: „Robert, Robert! Du lebst bist unverletzt?!"

George steht erschüttert. Trotz der Bitternis der Stunde, da ein anderer für ihn die Kugel erhalten hat, empfindet er doch Freude. So tief ist Benns Liebe zu ihm! Ein warmes Gefühl will in ihm aufwallen.

„Ja, ich lebe Die Schurken haben Jörns getroffen. Der arme Junge! Benn ich kann jetzt nichts für ihn tun Ich bitte dich, sorge für alles und lasse niemanden an das Krankenlager heran, niemanden Sprich mit den Aerzten, damit niemand zu ihm gelassen wird, nicht Towler, nicht Eastmann niemand, auch nicht Heliane. Hörst du!"

„Ja, ja!"

Die Tür hatte sich geöffnet

Die Köpfe der Männer fuhren herum.

Susanne Lindquist steht vor ihnen, bleich und schön, mit zitternden Knien und bebenden Lippen.

„Mister . . . Tuller," schluchzte sie auf, ist . . . ist es wahr . . . daß sie . . . ihn erschossen haben?"

Die Männer stehen erschüttert ob dieser verzweifelten Frage.

Sie sehen, daß das Mädchen leidet, als ob es um das eigene Leben geht.

Benn kann nicht sprechen und starrt auf den Fremden . . . auf George.

Der ergreift das Wort und sagt mit heiserer Stimme: „Ja, er ist sehr schwer verletzt Aber es ist noch Hoffnung vorhanden."

Bei dem Worte Hoffnung strahlten ihre Augen auf wie zwei funkelnde Sterne.

„Geht Ihnen das Geschick Ihres Chefs so nahe, mein Fräulein?"

Susanne senkt das Haupt, um es schnell wieder stolz zu erheben.

„Ja!" sagte sie fest. „Es geht mir sehr, sehr nahe."

Dann schreitet sie langsam aus dem Zimmer.

George sieht Benn fragend an, dann sagt er leise und schweratmend: „Die Stunde ist so unsäglich bitter. Stirbt er, so werde ich nie wieder froh sein können Und doch, ich habe in dieser bittersten Stunde zweimal große Freude erfahren."

Gleich darauf verabschiedet er sich.

Benn aber geht hinaus zu dem wartenden Personal und sagt ernst:

„Der Zustand Mr. Georges ist ernst, aber es ist noch Hoffnung, daß er genesen wird. Hoffen Sie alle mit mir"

* * *

Im Palais Mac Millans ist große Aufregung

Als man Heliane die Nachricht gebracht hat, daß Mr. George schwerverletzt niederliegt, bricht das junge Weib zusammen.

Als sie wieder zu sich kommt, schreit sie auf in qualvollem Schmerz. Sie rast und ist nicht zu beruhigen.

Mr. Towler kommt plötzlich.

Als man ihn meldet, schreit sie wie eine Wahnsinnige: „Ich will ihn nicht sehen! Ich will ihn nicht sehen!"

Wohl hundertmal schreit sie es.

Alle erschrecken vor dem wahnsinnigen Haß, der aus den sonst so milden Augen Helianes bricht.

Mr. Towler geht.